

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

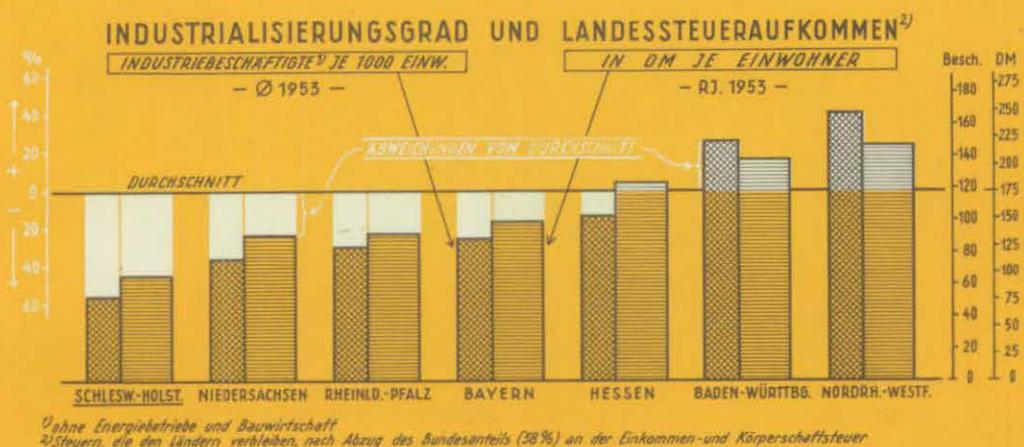
November 1955

7. Jahrgang · Heft 11



INHALT

Gesamtüberblick	365	Die Schädigungen des Schlachtviehs durch Krankheiten und Schädlinge	379
Die Veränderung der Erwerbsquoten nach 1950	367	Kurzberichte	
Die Aktiengesellschaften in Schleswig-Holstein 1950-1954	369	Die klassifizierten Straßen	383
Die Verschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften — Stand 31. 3. 1955 —	372	Die öffentlichen Straßenverkehrsmittel im Jahre 1954	385
		Die Verbreitung des Rundfunks	385
		Fürsorgeausgaben in Ländern und Gemeinden im Rechnungsjahr 1953	387
Graphik des Monats: „Steueraufkommen im Rechnungsjahr 1954“ . . . nach Seite	380		
Tabellenteil	389		



DIE ABWEICHUNGEN SCHLESWIG-HOLSTEINS VOM BUNDESDURCHSCHNITT

- in % -

Bezeichnung	Jahreszahlen ¹⁾					Vierteljahreszahlen				Monatszahlen (Stand: Monatsende)			
	1950	Zeit	1953 bzw. 1953/54	1954 bzw. 1954/55	1955	Zeit/ Stand	1953	1954	1955	1955			dagegen August 1954
										Juni	Juli	Aug.	
Wanderung je 1 000 Einwohner (Mobilitätsziffer)	+ 53		+ 42	+ 32		Jan.- März		+ 27	+ 25				
Vertriebene ²⁾ je 100 Einwohner	+ 95	Juli- Juni	+ 67	+ 61		30.6.	+ 72	+ 64	+ 59				
Schüler je 10 000 Einwohner (Stand jeweils 1.5.)	+ 20 ^{a)}		+ 23	+ 20									
Ständig Beschäftigte in der Landwirtschaft ³⁾ je 1 000 Einwohner	- 26 ^{b)}		- 10 ^{c)}	- 5 ^{d)}									
Beschäftigte i.d. Industrie ²⁾ je 1 000 Einwohner	- 59	Sept.- Aug.	- 53	- 51		Juni- Aug.	- 55	- 52	- 51	- 51	- 51	- 50	- 51
Industriearbeiter (männl. Facharbeiter)													
Wochenarbeitszeit	+ 2,0 ^{e)}					Mai	+ 4,7	+ 3,2	+ 3,2				
Bruttostundenverdienst	- 5,5 ^{e)}					"	- 4,4	- 2,9	- 2,7				
Bruttowochenverdienst	- 3,5 ^{e)}					"	-	+ 0,3	+ 0,3				
Beschäftigte Arbeitnehmer je 1 000 Einwohner (Stand jeweils 31.3.)	- 19,4		- 16,6	- 16,0	- 15,8								
Arbeitslose ²⁾ je 100 Arbeitnehmer	+ 145	Nov.- Okt.	+ 96	+ 119		Aug.- Okt.	+ 116	+ 111	+ 168	+ 155	+ 157	+ 154	+ 106
Dauerarbeitslose je 100 Arbeitnehmer (Stand jeweils 31.8.)	+ 458		+ 241	+ 207									
Pkw und Lkw Bestand (jeweils am 1.7.) je 1 000 Einwohner	- 28		- 15	- 13	p - 10								
Zulassungen ⁴⁾ je 1 000 Einwohner	- 34	Sept.- Aug.	- 14	- 14	- 17 ^{d)}	Juni- Aug.	- 17	- 14	- 15	- 13	- 20	- 12	- 16
Spareinlagen ²⁾ je Einwohner	- 38	Sept.- Aug.	- 32	- 32		Juni- Aug.	- 34	- 31	- 32	- 32	- 32	- 32	- 31
Landessteuern ⁵⁾ je Einwohner	- 49	Juli- Juni	- 32	- 46		April- Juni	- 47	- 41	- 50	- 52	- 41	- 48	- 51
Gewerbsteuer nach Ertrag u. Kapital je Einwohner	- 37	Juli- Juni	- 44	- 42		April- Juni	- 42	- 43	- 47				
Umsatzsteuer ⁶⁾ je Einwohner	- 34	Juli- Juni	- 36	- 38		April- Juni	- 37	- 37	- 39	- 41	- 33	- 40	- 35
In der off. Fürsorge lfd. unterstützte Personen ⁷⁾ je 100 Einwohner	+ 29		+ 45	+ 55		31.3.	+ 42	+ 48	+ 55				

1) Kursivzahlen = rollende Jahreszahlen 2) Ø des angegebenen Zeitraumes 3) einschl. ständig beschäftigter Betriebsinhaber
 4) fabrikneuer Fahrzeuge 5) einschl. Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 6) einschl. Umsatzausgleichsteuer
 7) Bestand am Ende des angegebenen Zeitraumes
 a) 1951 b) Stand: 22.5.1949 c) Sommerhalbjahr 1953 d) Sommerhalbjahr 1954 e) Juni 1950 f) 1. Halbjahr 1955

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

November 1955



7. Jahrgang · Heft 11

Gesamtüberblick



PREISINDEX FÜR DIE LEBENS- HALTUNG UM 1,3 % GESTIEGEN

Im Oktober hat sich der Preisindex für die Lebenshaltung stärker erhöht als in allen übrigen Monaten dieses Jahres. Er stieg um 1,3 % auf 171,9 (1938 = 100) und liegt damit um 1,9 % über dem Stand von Oktober 1954. Diese Erhöhung ist vor allem eine Folge der Mieterhöhungen auf Grund des ersten Bundesmietengesetzes.



WEITERER ANSTIEG DER INDUSTRIELLEN PRODUKTION

Der Index der industriellen Produktion (ohne Bau) stieg im September weiter an und erreichte mit 177 (arbeitstäglich, 1936 = 100) einen neuen Höchstwert, der um 12 % über dem Stand von September 1954 lag.

Im Bundesgebiet lag der Produktionsindex zur gleichen Zeit mit einem Stand von 214 um 15 % über dem entsprechenden Stand des Vorjahres.



33 NEUBAUWOHNUNGEN JE 10 000 EINWOHNER¹⁾

Nach den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik der ersten 9 Monate dieses Jahres, sind je 10 000 Einwohner rund 33 Wohnungen neu erstellt worden. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 43 Wohnungen. Mit seiner relativen Bauleistung liegt das Land vor Bayern an vortzter Stelle in der Reihe der Bundesländer. Im September 1954 war die Position Schleswig-Holsteins

etwas günstiger. Zu den Ländern, die gegenüber dem Vorjahr einen geringeren Bauerfolg aufzuweisen hatten, gehörten neben Bayern auch noch Niedersachsen und Rheinland-Pfalz.



UNTERDURCHSCHNITTLICHE KARTOFFELERNTE

Mit 1,044 Mio t wurden in diesem Jahr um rund ein Fünftel weniger Kartoffeln geerntet als 1954. Die Gesamtanbaufläche war mit 53 948 ha um 3,1 % kleiner als im Vorjahr.

GUTE GEMÜSEERNTE, GERINGE OBSTERNTE

Die diesjährige Gemüseernte war gut. Von einer um 32 % grösseren Anbaufläche wurden insgesamt 270 000 t, das sind um 63 % mehr Gemüse geerntet als 1954.

Die Obsternte war mit 58 000 t um die Hälfte kleiner als im vorigen Jahr. Seit 1949 hat es nicht so geringe Apfelerträge und seit Jahrzehnten nicht so geringe Birnenerträge gegeben wie in diesem Jahr.



STUNDENVERDIENST DER INDUSTRIEARBEITER GESTIEGEN

Im August 1955 erhielten die Industriearbeiter im Durchschnitt aller Arbeiter- und Gewerbegruppen bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 50,1 Stunden und einem Stundenverdienst von 1,77 DM einen Wochenlohn von 88,39 DM. Damit hat sich der Stundenverdienst gegenüber der Lohnerhebung im August 1954 um 0,13 DM (8 %) und der Wochenverdienst um 6,05 DM (7 %) erhöht. Der durchschnittliche Wochenlohn betrug bei den Männern 97 DM, bei den männlichen Facharbeitern 105 DM und bei den Frauen 54 DM.

¹⁾ Quelle: Statistische Berichte
Arbeitsnummer VI/24/34 vom 23. 11. 1954
Arbeitsnummer VI/24/46 vom 26. 11. 1955



48 VERKEHRSTOTE IM OKTOBER

Bei 2 022 Strassenverkehrsunfällen wurden im Oktober 48 Personen getötet und 1 182 verletzt. Gegenüber dem Oktober 1954 erhöhte sich die Zahl der Unfälle um 11 % und die der Verletzten um 10 %. Die Zahl der Personen, die tödlich verunglückten oder an den Folgen eines Unfalles später gestorben sind, war um 15 höher als im entsprechenden Vorjahrsmonat.

KRAFTFAHRZEUGDICHTEN EIN FÜNFTTEL UNTER DEM BUNDESDURCHSCHNITT



Am 1. 7. 1955 kamen in Schleswig-Holstein auf 1 000 Einwohner 82 Kraftfahrzeuge, im Bundesgebiet dagegen 104. Am grössten war der Unterschied in der Dichte bei den Kraftträdern, am geringsten bei den Lastkraftwagen.

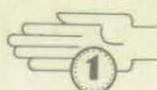


NEUER OKTOBER-HÖCHSTSTAND IM VERKEHR AUF DEM NORD-OSTSEE-KANAL²⁾

Der Nord-Ostsee-Kanal wurde im Oktober von 5 776 Schiffen mit 5,2 Mio BRT (2,8 Mio NRT) befahren. Von diesen Schiffen wurden 4,5 Mio t Güter befördert.

Verglichen mit den Oktobermonaten früherer Jahre erreichte der diesjährige Oktoberverkehr einen bisher nicht gekannten Umfang. Er lag um 230 Durchfahrten und rund 400 000 NRT über dem bisherigen Oktoberhöchststand aus dem Jahre 1954.

2) Quelle: Wasser- und Schifffahrtsdirektion Kiel



LANDES- UND GEMEINDESTEUER-AUFKOMMEN UNVERÄNDERT

Das Landessteueraufkommen – einschliesslich Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer – blieb mit 87 Mio DM (38 DM je Einwohner) geringfügig (- 1 %) hinter dem Aufkommen des 2. Rechnungsvierteljahres 1954 zurück.

An Gemeindesteuern kamen 45 Mio DM auf, das sind 2 % mehr als im entsprechenden Quartal des Vorjahres.



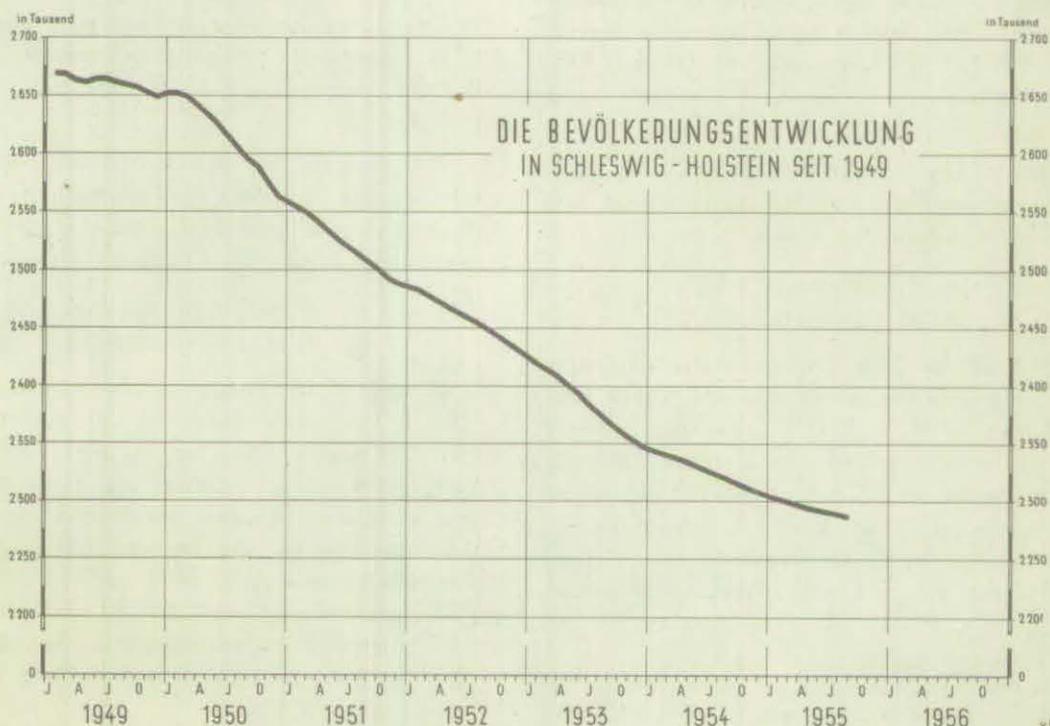
KOMMUNALE VERSCHULDUNG UM 9 % GESTIEGEN³⁾

Die Neuverschuldung der Kreisverwaltungen, Städte und Gemeinden über 10 000 Einwohner belief sich am 30. 9. 1955 auf insgesamt 202 Mio DM. Sie lag damit um 9 % höher als am 31. 3. 1955. Die Gesamtverschuldung (ohne Kassenkredite und Auslandsschulden) aller kommunalen Gebietskörperschaften hat einen Stand von etwa 272 Mio DM erreicht.

MEHR KONKURSE, WENIGER VERGLEICHsverFAHREN

Im 3. Vierteljahr 1955 wurden 49 Konkurse und 7 Vergleichsverfahren gerichtlich erfasst. Die Zahl der Konkurse ist gegenüber dem 3. Vierteljahr 1954 um 10 gestiegen. Von den Insolvenzen wurden überwiegend der Einzelhandel (19) und der Grosshandel (12) betroffen.

3) Vergleiche auch den Aufsatz "Die Verschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften, Stand 31. 3. 1955" auf Seite 372



Die Veränderung der Erwerbsquoten¹⁾ nach 1950

In der Vorausberechnung²⁾ wurde die Zahl der männlichen Erwerbspersonen (Beschäftigte und Arbeitslose) bis 1960 mit Hilfe der vorgeschätzten Wohnbevölkerung und den aus der Berufszählung 1950 bekannten altersspezifischen Erwerbsquoten errechnet. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass der Wert dieser Berechnung nur begrenzt sein kann, weil die Erwerbsquoten von 1950 äusserst niedrig waren und vermutlich bereits für 1955 nicht mehr stimmen. Aus diesem Grunde wurde auf eine Vorausberechnung der weiblichen Erwerbspersonen von vornherein verzichtet. Besteht nun die Möglichkeit, neue Erwerbsquoten zu finden, mit deren Hilfe es gelingen kann, konkrete Erwerbspersonenzahlen zu berechnen?

Die Höhe der Erwerbsquoten wird von zwei Seiten beeinflusst: Von der Veränderung der Bevölkerung und von der Veränderung der Erwerbspersonen. Exakt errechnen kann man sie nur nach einer Volks- und Berufszählung, wenn sowohl Bevölkerungs- als auch Erwerbspersonenzahlen vorliegen. Will man sie für die gegenwärtige oder sogar für die zukünftige Zeit ermitteln, so ist man auf Schätzungen angewiesen. Die Erwerbsquoten sind Messzahlen, die erst Wert gewinnen, wenn sie mit Bevölkerungszahlen verbunden werden und so Aufschluss geben können über den im Erwerbsleben aktiven Teil der Bevölkerung.

Da Beziehungen zwischen der Bevölkerung, den Erwerbspersonen und den Erwerbsquoten bestehen und zwei von diesen drei Grössen – wenigstens annähernd – für die Gegenwart bekannt sind, kann man feststellen, wie sich die Gesamterwerbsquote von 1950 bis 1955 in Schleswig-Holstein verändert hat.

Am 13.9.1950 wohnten in Schleswig-Holstein nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 2 595 000 Personen, von denen 1 035 000 Erwerbspersonen waren. Die Wohnbevölkerung veränderte sich infolge der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) und vor allem infolge der Wanderungen und betrug Ende September 1955 nach der Fortschreibung 2 284 000 Personen. Sie nahm von 1950 bis 1955 um rund 12 % ab. Für die Zahl der Erwerbspersonen gibt es keine Fortschreibung; sie musste von den bei der Berufszählung ermittelten Zahlen aus fortgeschätzt werden. Nach vorsichtiger Schätzung und unter Einschaltung der von den Arbeitsämtern fortlaufend ermittelten abhängigen Erwerbspersonen gab es am 30.9.1955 998 000 Erwerbspersonen, das sind 3,6 % weniger als am 13.9.1950.

Tab. 1

Bevölkerung und Erwerbspersonen 1950 und 1955

	13.9.1950		30.9.1955	
	in 1 000	Erwerbsquote	in 1 000	Erwerbsquote
Wohnbevölkerung	2 595	x	2 284	x
Erwerbspersonen	1 035	40	998 ^{a)}	44

a) geschätzt

Damit hatte die Wohnbevölkerung stärker abgenommen als die Zahl der Erwerbspersonen, und die Gesamterwerbsquote

1) Zahl der Erwerbspersonen in % der Bevölkerung

2) Vorausberechnung 2: Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum 1.1.1969 und der Erwerbspersonen bis zum 1.1.1960. (Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, September 1955, H. 9.)

te war im Laufe der fünf Jahre von 40 auf schätzungsweise 44 hinaufgeklüffert.

Deutet diese Gesamtquote den Anstieg zwischen 1950 und 1955 auch nur grob an, so wird durch sie dennoch der in der Vorausberechnung 2 gemachte Hinweis bestätigt. Eine steigende Gesamtquote setzt im wesentlichen steigende alters- und geschlechtsspezifische Quoten voraus; daher kann die Schätzung der Erwerbspersonen für die kommenden Jahre auf der Grundlage der spezifischen Erwerbsquoten von 1950 nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Trotzdem ist eine Berechnung mit den Quoten von 1950 nicht sinnlos. Man wird sie durchführen, wenn man wissen will, wie sich die Zahl der Erwerbspersonen aus demographischen Gründen nach 1950 entwickelte. Wäre die Gesamterwerbsquote von 40 noch 1955 gültig gewesen, so hätte das bedeutet, dass die Erwerbspersonen – nur beeinflusst durch die Bevölkerungsveränderung – im selben Verhältnis wie die Gesamtbevölkerung abgenommen hätte. Die durch die demographischen Veränderungen bedingte negative Entwicklung der Erwerbspersonen wurde aber zum Teil aufgehoben durch eine erhöhte Erwerbsbeteiligung, die ihren Niederschlag in der Quote von 44 fand.

Die Erwerbsquoten sind zwar – wie bereits erwähnt wurde – nur rechnerische Werte, aber sie reagieren in ihrer Höhe auf jeden Einfluss, der durch wirtschaftliche, soziale, arbeitspolitische oder sonstige Faktoren ausgeübt wird. Um eine konkrete Aussage über die zu erwartenden Erwerbsquoten und in Verbindung damit über die zukünftigen Erwerbspersonen zu erhalten, müsste man jeden einzelnen Faktor aus dem Zusammenhang lösen, ein Urteil bilden, wie er sich weiter entwickeln wird, und seinen Einfluss auf die Erwerbsquoten bestimmen. Das ist eine schwierige, wenn nicht gar unlösbare Aufgabe.

Es gibt noch eine andere Möglichkeit. Vergleicht man die Erwerbsquoten, die nach einzelnen Berufszählungen und auch in den verschiedenen regionalen Gebieten errechnet wurden, so zeigt sich, dass sie sich in bestimmten Grenzen bewegen. Für Schleswig-Holstein können die Quoten von 1950 z. B. als Untergrenze angesehen werden. Wenn es gelingt anzugeben, wie hoch sie unter den günstigsten Bedingungen bei den gegenwärtigen Verhältnissen steigen könnten, kann damit die Frage gelöst werden, ob sich der Kreis der Erwerbspersonen wesentlich über den augenblicklichen Umfang hinaus quantitativ vergrössern lässt. Die Frage nach dem exakten "um wieviel" bleibt auch hier offen.

Da die Gesamterwerbsquote den Unterschied zwischen der männlichen und der weiblichen Quote und auch die Abweichungen in den einzelnen Altersgruppen überdeckt, wird der Wert der Untersuchung erhöht, wenn nach alters- und geschlechtsspezifischen Quoten unterschieden wird.

Der grösste Teil der Männer im erwerbsfähigen Alter zählt zu den Erwerbspersonen. Dabei kann man die Gruppe der 20- bis unter 55jährigen als den "festen Bestand" im Erwerbsleben ansehen. Weit über 90 % der Männer in diesem Alter gehörten in den Jahren, für die Erwerbsquoten vorliegen, sowohl im Bundesgebiet als auch in Schleswig-Holstein zu diesem Personenkreis. Die unterschiedliche Wirtschaftslage in den einzelnen Jahren beeinflusste die Quoten nur wenig.

Es fällt allerdings auf, dass die Quote für die 25- bis unter 30jährigen 1950 im Verhältnis zu den früheren Jahren kleiner war. Eine grosse Zahl der nicht mehr arbeitsfähigen Kriegsversehrten in Jahrgängen, die normalerweise zu den

Tab. 2

Die Erwerbsquoten der männlichen Bevölkerung im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein

Altersgruppen	Bundesgebiet				Schleswig-Holstein	
	1925	1933	1939	1950	1939 ¹⁾	1950
unter 14 Jahre	2,0	1,1	1,2	2,0 ^{a)}	0,6	0,2 ^{a)}
14 bis unter 16 "	71,9	61,5	74,2	80,3 ^{b)}	57,0	67,8 ^{b)}
16 " " 18 "	88,7	83,9	89,6			
18 " " 20 "	93,7	91,6	95,4	91,7	95,4	91,3
20 " " 25 "	94,9	94,1	95,9	93,4	95,5	93,7
25 " " 30 "	97,5	97,5	97,7	94,4	98,2	94,3
30 " " 35 "	97,7	97,1	98,1	96,4	98,4	95,8
35 " " 40 "			97,3	96,8		
40 " " 45 "	96,9	94,8	96,6	97,1	97,0	96,9
45 " " 50 "			95,3	96,2	96,7	
50 " " 55 "	92,6	86,3	89,5	93,4	91,9	93,7
55 " " 60 "			87,4	87,6		
60 " " 65 "	80,7	68,5	71,6	73,0	76,0	71,8
65 " " 70 "	63,3	34,3	32,8	26,8	28,4	17,9
70 und mehr Jahre	37,8					
zusammen	67,8	65,6	67,7	63,2	65,9	57,9

1) ohne die ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten und Arbeitsmänner

a) bis unter 15 Jahre

b) 15 bis unter 18 Jahre

leistungsfähigsten gehören, konnte nicht zu den Erwerbspersonen gezählt werden und drückte die Erwerbsquote dieser Altersgruppe auf einen niedrigen Stand. Es ist kaum anzunehmen, dass für die nächsten Jahre mehr als 96 % aller Männer zwischen dem 25. und 55. Lebensjahr zu den Erwerbspersonen zählen können. Drei Gründe sprechen dafür, dass die Quoten – auch bei guten Wirtschaftsverhältnissen – nicht wesentlich höher liegen werden: 1. die während der Zeit der schlechten Wirtschaftslage vorzeitig ins Rentnerdasein übergegangenen Arbeitslosen werden kaum wieder hauptberuflich den Sprung zurück ins Erwerbsleben wagen; 2. die arbeitsunfähigen Kriegsverehrten rücken zwar in höhere Altersgruppen vor, verbleiben aber immer noch im Bereich der im allgemeinen erwerbsfähigen Bevölkerung; und 3. verstärkt sich – nicht nur in Schleswig-Holstein – der Anteil der vorzeitig aus dem Arbeitsprozess Ausscheidenden. Zusätzliche Arbeitsreserven werden bei den mittleren Jahrgängen der Männer nicht zu finden sein, und dadurch ist eine Vorausberechnung der Erwerbspersonen auf der Grundlage der Quoten von 1950 für diese Altersgruppe auch für praktische Belange ausreichend.

Äusserst gering war 1950 in Schleswig-Holstein die Erwerbsteilnahme der älteren, insbesondere der nicht mehr im erwerbsfähigen Alter stehenden Männer. Nur 18 % der über 65jährigen Männer waren Erwerbspersonen, während der Bundesdurchschnitt bei 27 % lag. Für die grosse Zahl der über 65 Jahre alten Vertriebenen in Schleswig-Holstein gab es wenig Eingliederungsmöglichkeiten in das Berufsleben, während die Einheimischen – besonders als Selbständige – bis ins hohe Alter tätig sein konnten. Erhielten dann die alten Leute Unterhaltshilfe oder eine Rente, so schieden sie damit aus dem Kreis der Erwerbspersonen aus und wurden nicht weiter zu den Arbeitslosen gezählt. Die nicht mehr einzugliedernden alten Vertriebenen werden aber langsam weniger, und es werden Geburtsjahrgänge das 65. Lebensjahr erreichen, die den Anschluss an das Berufsleben noch gefunden haben. Dadurch werden sich auch die Erwerbsquoten für die alten Jahrgänge etwas erhöhen. Ge-

lingt es ausserdem, die Erwerbsbereitschaft der älteren Personen durch geeignete Massnahmen zu fördern, so kann man aus diesem Bevölkerungsteil noch zusätzlich Erwerbspersonen gewinnen. In einer Vorausberechnung müsste für die älteren Jahrgänge mit höheren Erwerbsquoten gerechnet werden als sie für 1950 vorliegen.

Die Neigung, später ins Berufsleben einzutreten, da sich die Schul- und Berufsausbildungszeit im allgemeinen verlängert hat, zeichnet sich auch an der Höhe der Jugenderwerbsquoten 1950 ab. Für Schleswig-Holstein kam hinzu, dass die Berufsaussichten für die jungen Menschen besonders schlecht waren und viele aus diesem Grunde länger als beabsichtigt auf der Schule blieben. Die Quoten für diese Altersgruppen werden für die Zukunft daher etwas höher liegen als 1950.

Während die Männer bis in ein hohes Alter fast vollständig zu den Erwerbspersonen gehören, ist die Erwerbsteilnahme der Frauen in allen Altersgruppen sehr viel geringer. Ausserdem ist die Nachfrage der Frauen nach Arbeitsplätzen in Bezug auf Arbeits- und Entlohnungsbedingungen wesentlich elastischer als die der Männer. Eine kleine Veränderung der Verhältnisse bewirkt schon eine starke Veränderung der weiblichen Erwerbsbereitschaft. Es besteht kein Zweifel darüber, dass sich die weiblichen Erwerbsquoten gegenüber 1950 bereits heute erhöht haben und auch weiter erhöhen werden; aber noch weniger als bei den männlichen Quoten lässt sich diese Änderung in brauchbaren Zahlen ausdrücken.

Zusammenfassend muss festgestellt werden: Die Erwerbsquoten 1950 sind bereits 1955 für die meisten Altersjahrgänge nicht mehr zutreffend. Die Richtung der Veränderung dieser Quoten nach 1950 kann angegeben werden; aber auf Vermutungen über die tatsächliche Höhe der Quoten können keine fundierten Vorschätzungen aufgebaut werden. Nur eine neue Volks- und Berufszählung wird darüber Aufschluss geben.

Dipl. Volksw. L. Korschey

Die Aktiengesellschaften in Schleswig-Holstein 1950-1954

Überblick

Am 31. Dezember 1954 waren 74 Aktiengesellschaften¹⁾ in Schleswig-Holstein im Handelsregister eingetragen, das sind rund 3 % aller im Bundesgebiet tätigen Aktiengesellschaften²⁾. Auf diese 74 Aktiengesellschaften entfallen jedoch nur 1,6 % des Kapitals der noch nicht auf DM umgestellten Gesellschaften und 0,8 % des DM-Kapitals der Aktiengesellschaften im Bundesgebiet³⁾.

Die durchschnittliche Grundkapitalausstattung der schleswig-holsteinischen Aktiengesellschaften liegt wesentlich unter dem Bundesdurchschnitt. Das durchschnittliche Kapital der RM-Gesellschaften in Schleswig-Holstein beträgt knapp die Hälfte des entsprechenden Bundesdurchschnitts (Schleswig-Holstein: 3,3 Mio RM; Bundesgebiet 7 Mio RM), das der DM-Gesellschaften nur mehr knapp ein Drittel (Schleswig-Holstein 2,4 Mio DM, Bundesgebiet 7,9 Mio DM).

Immerhin bilden die 74 Aktiengesellschaften, gemessen an Produktionskapazität oder Kapitalausstattung, ihrem Anteil am Einkommen natürlicher und juristischer Personen usw., einen bedeutsamen Faktor im Wirtschaftsleben Schleswig-Holsteins. So standen z. B. nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung vom 13.9.1950 – neuere Ergebnisse über Beschäftigte und Unternehmungen liegen zur Zeit nicht vor – von ca. 100 Beschäftigten in schleswig-holsteinischen Unternehmungen ungefähr fünf⁴⁾ in Arbeit bei einer Aktiengesellschaft. Der Anteil am Gesamtumsatz und somit ihre Bedeutung für das Steueraufkommen ist ebenfalls beachtlich, denn etwa 6 %⁵⁾ des gesamten versteuerten Umsatzes entfiel in Schleswig-Holstein auf den Umsatz von Aktiengesellschaften.

Vor dem Kriege – im Jahre 1938 – waren in Schleswig-Holstein 78⁶⁾ Aktiengesellschaften, das sind rund 2,6 % der damals im Gebiet der Bundesrepublik tätigen Aktiengesellschaften, ansässig. Am Jahresende 1950 hatten 23 Gesellschaften mit umgestelltem und 52 mit noch nicht umgestelltem Kapital, also insgesamt 75 Aktiengesellschaften ihren Sitz in Schleswig-Holstein. Über die Wirren der Kriegs- und Nachkriegsjahre hinweg hat sich die Zahl der Aktiengesellschaften also erstaunlich konstant gehalten.

1) Kommanditgesellschaften auf Aktien bestanden in der Zeit vom 31.12.1950 bis 31.12.1954 in Schleswig-Holstein nicht. – Da die Angaben für die Statistik den Meldungen der Amtsgerichte entnommen werden, umfassen sie alle die Aktiengesellschaften, die mit ihrer Hauptniederlassung in den Handelsregistern schleswig-holsteinischer Amtsgerichte eingetragen sind. Zweigniederlassungen werden am Unternehmenssitz mit erfasst. Es bleiben also alle die Unternehmungen unberücksichtigt, die ihren Hauptsitz ausserhalb des Landes haben, auch wenn ihre wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend oder ganz in Schleswig-Holstein ausgeübt wird; umgekehrt werden Aktiengesellschaften nachgewiesen, deren Kapital ausserhalb Schleswig-Holsteins arbeitet.

2) einschl. Kommanditgesellschaften auf Aktien

3) Den gegebenen Verhältnissen entsprechend müssen Aktiengesellschaften, die ihr RM-Kapital noch nicht auf DM umgestellt haben, getrennt neben DM-Gesellschaften geführt werden, wobei zu beachten ist, dass jede Kapitalumstellung im Beobachtungszeitraum als Zugang bei den DM-Gesellschaften und Abgang bei den RM-Gesellschaften ausgewiesen wird.

4) vergl. "Die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten in Schleswig-Holstein", Statistik von Schleswig-Holstein, H. 11, S. 55

5) vergl. "Die Steuerstatistiken 1950 – Ergebnisse der Einkommen-, Lohn-, Körperschafts- und Umsatzsteuerstatistik in Schleswig-Holstein" Statistik von Schleswig-Holstein, Kiel, 1955, Heft 17

6) vergl. "Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches", Berlin, Jg. 48 1939 H. 1, S. 125

Veränderungen nach Art und Grösse der Gesellschaften sind wahrscheinlich, jedoch nach dem für die Vorkriegszeit vorliegenden Material nicht feststellbar.

Kapitalbestand und Kapitalentwicklung

Wie vorstehend festgestellt wurde, ist gegenüber 1950 keine nennenswerte Änderung des Bestandes zu verzeichnen (1950 : 75, 1954 : 74 Aktiengesellschaften). Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass in diesem Zeitraum 7 Aktiengesellschaften in Gesellschaften mit beschränkter Haftung, dagegen nur 2 GmbH in die Rechtsform einer Aktiengesellschaft umgewandelt wurden. Einem wirtschaftsstrukturell gesehen "unechten" Abgang von 5 Aktiengesellschaften per Saldo steht ein "echter" Zuwachs von 4 Aktiengesellschaften durch Neugründung oder Sitzverlegung nach Schleswig-Holstein gegenüber.

Tab. 1 • Entwicklung der Aktiengesellschaften nach Zahl und Höhe des Stammkapitals 1950 – 1954

Bestand am	DM-Gesellschaften		RM-Gesellschaften	
	Zahl	Kapital in Mio DM	Zahl	Kapital in Mio RM
31.12.1950	23	22,9	52	159,8
31.12.1951	64	111,6	12	38,9
31.12.1952	66	118,9	8	40,4
31.12.1953	65	134,7	7	37,6
31.12.1954	69	163,8	5	16,3

Von den am 31.12.1950 bestehenden Aktiengesellschaften hatten 23 ein Kapital von zusammen 23 Mio DM und 52 ein noch nicht umgestelltes Kapital von 160 Mio RM. Vier Jahre später, am 31.12.1954, ist der Bestand an RM-Gesellschaften nur noch gering: 5 Aktiengesellschaften weisen ein Kapital von 16 Mio RM nach, ihnen gegenüber stehen 69 Gesellschaften mit insgesamt 164 Mio DM.

Schon aus diesen Angaben ist ersichtlich, dass sich das Durchschnittskapital je DM-Aktiengesellschaft (knapp 1 Mio DM Ende 1950, 2,4 Mio DM Ende 1954) dem der RM-Gesellschaften ziemlich angeglichen hat (sowohl 1950 als auch 1954 rund 3 Mio RM). Zurückzuführen ist dies – allerdings verschleiert durch unterschiedliche Kapitalumstellungsverhältnisse sowie Zu- und Abgänge von Kapital aus sonstigen Gründen – darauf, dass die Kapitalumstellung in der Regel zuerst von kleineren und erst Jahre später von den grösseren Gesellschaften durchgeführt wurde bzw. wird.

Grössenordnung des Nominalkapitals

Eine Übersicht über die am 31.12.1954 in Schleswig-Holstein eingetragenen Aktiengesellschaften nach Kapitalgrössenklassen zeigt die Tabelle 2.

Von den 69 Aktiengesellschaften mit bereits umgestelltem Grundkapital, die Ende 1954 in Schleswig-Holstein tätig waren, gehören 33 % in die Gruppe der kleineren Gesellschaften mit einem Nominalkapital von unter 500 000 DM. Sie verfügen jedoch nur über rund 4 % des gesamten DM-Stammkapitals. Im Bundesgebiet⁷⁾ sind diese kleineren

7) vergl. "Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland", hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart - Köln 1955, S. 190/191

Tab. 2

Aktiengesellschaften nach Kapitalgrößenklassen

Kapitalgrößenklassen	DM-Gesellschaften			RM-Gesellschaften		
	Anzahl	Stammkapital		Anzahl	Stammkapital	
		Mio DM	%		Mio DM	%
bis 50 000 DM	2	0,1	0	-	-	-
über 50 000 DM bis 100 000 DM	2	0,2	0	-	-	-
“ 100 000 “ “ 500 000 “	19	6,2	4	1	0,5	3
“ 500 000 “ “ 1 000 000 “	14	10,9	7	1	1,0	6
“ 1 000 000 “ “ 5 000 000 “	22	52,5	32	2	4,3	26
“ 5 000 000 “ “ 10 000 000 “	6	42,4	26	-	-	-
“ 10 000 000 DM	4	51,5	31	1	10,5	65
insgesamt	69	163,8	100	5	16,3	100

Aktiengesellschaften der Zahl nach mit 31 % und dem Kapital nach mit 1 % vertreten. Es zeigt sich also, dass die Verhältnisse in Schleswig-Holstein in dieser Beziehung wenig von denen des Bundesgebietes abweichen, denn hier wie dort gehört etwa jede dritte Gesellschaft zu dieser niedrigen Kapitalgrößenklasse. Hinsichtlich des durchschnittlichen Nominalkapitals liegen die kleineren Aktien-

gesellschaften Schleswig-Holsteins sogar noch etwas über dem Bundesdurchschnitt (Schleswig-Holstein 282 000 DM, Bundesdurchschnitt 260 000 DM).

Die Gruppe der mittleren Betriebe von über 0,5 Mio bis 5 Mio DM ist mit 36 Aktiengesellschaften zahlenmässig am stärksten vertreten, dem Kapital nach jedoch liegt das

Tab. 3

Aktiengesellschaften nach Gewerbegruppen

Gewerbegruppen	DM-Gesellschaften		RM-Gesellschaften	
	Anzahl	Stammkapital in 1000 DM	Anzahl	Stammkapital in 1000 RM
Binnen- und Hochseefischerei, Land-, Forst- und Jagdwirtschaft	1	420	-	-
Bergbau, Gewinn-, u. Verarbeit. v. Steinen u. Erden, Energiewirtsch.	3	18 896	-	-
<i>Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden</i>	2	3 896	-	-
<i>Energiewirtschaft</i>	1	15 000	-	-
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	13	62 300	-	-
<i>Eisen- und Stahlindustrie</i>	1	16 000	-	-
<i>Maschinenbau</i>	5	17 010	-	-
<i>Schiffbau</i>	4	25 640	-	-
<i>Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe</i>	3	3 650	-	-
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	22	33 291	-	-
<i>Chemische Industrie</i>	2	750	-	-
<i>Feinkeramische und Glasindustrie</i>	1	120	-	-
<i>Papierherstellung und -verarbeitung</i>	3	5 500	-	-
<i>Lederherstellung und -verarbeitung</i>	2	9 108	-	-
<i>Textil- und Bekleidungsindustrie</i>	2	1 460	-	-
<i>Ölmühlen und Margarineindustrie</i>	1	1 020	-	-
<i>Zuckerindustrie</i>	2	5 761	-	-
<i>Brauerei, Mälzerei</i>	2	2 464	-	-
<i>Sonstige Nahrungs- und Genussmittelgewerbe</i>	7	7 108	-	-
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	2	2 550	-	-
Handel, Geld- und Versicherungswesen	13	21 643	5	16 260
<i>Grosshandel, einschl. Ein- und Ausfuhrhandel</i>	4	2 883	-	-
<i>Einzelhandel</i>	1	2 420	-	-
<i>Geld-, Bank- und Börsenwesen</i>	8	16 340	1	3 000
<i>Versicherungswesen</i>	-	-	4	13 260
Dienstleistungen	1	6 000	-	-
<i>Vermögensverwaltung</i>	1	6 000	-	-
Verkehrswirtschaft	13	18 397	-	-
<i>Schienebahnen</i>	7	15 279	-	-
<i>Schifffahrt</i>	6	3 118	-	-
Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	1	304	-	-
insgesamt	69	163 800	5	16 260

Schwergewicht bei den 10 grösseren Gesellschaften. Diese verfügen allein über rund 57 % des gesamten in Schleswig-Holstein tätigen Aktienkapitals. Im Durchschnitt entfällt auf jede dieser grossen Aktiengesellschaften 9 Mio DM Nominalkapital. Vier dieser 10 Gesellschaften besitzen ein Kapital von 10 Mio DM und mehr. Auf sie entfallen allein 31 % des gesamten Aktienkapitals in Schleswig-Holstein. Während jedoch im Bundesgebiet jede achte Aktiengesellschaft ein Kapital von 10 Mio DM und mehr besitzt, gehört in Schleswig-Holstein nur jede siebzehnte zu dieser Grössenklasse. Allein 80 % des gesamten Stammkapitals – weit mehr als das Doppelte des Anteils in Schleswig-Holstein – entfällt im Bundesgebiet auf derartige Gesellschaften. Das durchschnittliche Nominalkapital beträgt im Bundesdurchschnitt dieser Grössenklasse 50 Mio DM, in Schleswig-Holstein nur 13 Mio DM. Es fehlen also im Vergleich zum Bundesgebiet die ausgesprochenen kapitalstarken Grossunternehmen, wie sie z. B. in der Montanindustrie zu finden sind.

Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen

Einen Überblick über die branchenmässige Verteilung der Aktiengesellschaften vermittelt die vorstehende Übersicht 3.

Tab. 4

Das Stammkapital der Aktiengesellschaften nach Wirtschaftsbereichen in Schleswig-Holstein und im Bund am 31.12.1954

Gewerbegruppen	DM-Stammkapital in % des Gesamtkapitals		Durchschnittskapital der DM-Gesellschaften in Mio DM	
	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet
Binnen- u. Hochseefischerei, Land-, Forst- u. Jagdwirtschaft	0,3	0,2	0,4	2,6
Bergbau, Gewinn- u. Verarbeitg. von Steinen u. Erden, Energiewirtschaft	11,5	28,3	6,3	21,0
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	38,0	23,2	4,8	9,4
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	20,3	22,3	1,5	5,0
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	1,6	0,4	1,3	2,0
Handel, Geld- und Versicherungswesen	13,2	6,7	1,7	4,2
Dienstleistungen	3,7	15,3	6,0	11,9
Verkehrswirtschaft	11,2	3,5	1,4	4,1
Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	0,2	0,1	0,3	0,3
insgesamt	100	100	2,4	8,0

gewirtschaft“, ist naturgemäss im Bundesgebiet von weitaus grösserer Bedeutung als in Schleswig-Holstein. Hier liegt demgegenüber der Anteil der Gruppen „Eisen- und Metallverarbeitung“ – zurückzuführen auf Schiff- und Maschinenbau – „Handel, Geld- und Versicherungswesen“ sowie „Verkehrswirtschaft“ höher.

Der Anteil der einzelnen Branchen am Gesamtkapital, wie er bisher dargestellt wurde, ist abhängig einmal von der Zahl der in einer Gewerbegruppe tätigen Aktiengesellschaften, zum anderen aber von der Höhe des Kapitals, das einzelne Gewerbezweige für die Durchführung ihrer Produktion einsetzen. Die stärkste Kapitalkonzentration zeigt die Gruppe der Grundstoffindustrie mit einem Kapitaldurchschnitt von 6,3 Mio DM, es folgt die Gruppe „Dienstleistungen“, die in Schleswig-Holstein allerdings nur eine Aktiengesellschaft der Vermögensverwaltung, jedoch keine der kapitalintensiven Beteiligungsgesellschaften enthält. Diese beiden Gewerbegruppen liegen hinsichtlich der Kapitalkonzentration im gesamten Bundesgebiet ebenfalls an der Spitze. Allerdings – und hier liegt der wesentliche Unterschied – ist das durchschnittliche Stammkapital im

40 Aktiengesellschaften, also knapp zwei Drittel der in Schleswig-Holstein tätigen DM-Gesellschaften, gehören dem produzierenden und verarbeitenden Gewerbe an, d. h. sind in der Hauptsache industrielle Betriebe; hiervon wiederum entfällt mehr als die Hälfte auf „Verarbeitende Gewerbe, ohne Eisen- und Metallverarbeitung“. Die Verhältnisse im Bundesdurchschnitt liegen entsprechend: 68 % der Aktiengesellschaften waren 1954 im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, von diesen wiederum die Hälfte in der Gruppe „Verarbeitende Gewerbe, ohne Eisen- und Metallverarbeitung“ tätig.

Die Industrie ist mit 117 Mio DM oder rund 71 % des gesamten Stammkapitals führend, davon verfügte jedoch die Eisen- und Metallerzeugung allein über 38 %, das verarbeitende Gewerbe – das der Zahl der Gesellschaften nach an der Spitze stand – über 20 % des für 1954 in Schleswig-Holstein erfassten DM-Kapitals. Daneben ist noch der Kapitalanteil der Gewerbegruppe „Handel, Geld- und Versicherungswesen“ mit 13 % von einiger Bedeutung.

Die Verteilung des Kapitals auf die Gewerbegruppen ist in Schleswig-Holstein im grossen und ganzen ähnlich wie im gesamten Bundesgebiet.

Die Gruppe der Grundstoffindustrie, nämlich „Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Ener-

Bundesgebiet etwa zwei- bzw. gut dreimal so gross wie in Schleswig-Holstein. Eine Betrachtung der obigen Gegenüberstellung zeigt, dass dieses Ergebnis fast ausnahmslos für alle Gewerbegruppen zutrifft. Wenn also der Anteil einzelner Branchen am Gesamtkapital in Schleswig-Holstein über den entsprechenden Anteilen des Bundesgebietes liegt, darf nicht übersehen werden, dass die „Niveaulage“ des Aktienkapitals in Schleswig-Holstein weit niedriger ist als im Bundesgebiet.

Die Kapitalumstellungen

Seit dem 31.12.1950 haben 43 Aktiengesellschaften ihr Nominalkapital umgestellt. 23 Aktiengesellschaften hatten bis zu diesem Zeitpunkt bereits ihre neuen Kapitalverhältnisse bekanntgegeben. Lediglich für 5 Aktiengesellschaften stand bei Jahresablauf 1954 eine Umstellung des Nominalkapitals noch aus. Bei diesen 5 Aktiengesellschaften handelt es sich um eine Bank und 4 Versicherungsgesellschaften, also Unternehmungen, denen durch Gesetz (DM-Bilanz-Gesetz vom 21.8.1949 § 3 Abs. 6 und § 80) die

Möglichkeit eingeräumt wurde, ihr Kapital infolge gewisser Schwierigkeiten bei der Umstellung zu einem späteren Zeitpunkt umzustellen. Die Kapitalumstellung kann also im grossen und ganzen als abgeschlossen betrachtet werden.

Aus den seit dem 31.12.1950 vorliegenden Umstellungsergebnissen errechnet sich ein durchschnittliches Umstellungsverhältnis von 10 : 7. Es liegt also für Schleswig-Holstein ungünstiger als für das gesamte Bundesgebiet (1953: 10 : 9,4⁸⁾; 1954: 10 : 9,5⁹⁾, selbst wenn man berücksichtigt, dass sich die Umstellungsquotienten von Jahr zu Jahr erhöht haben.

Tab. 5 Kapitalumstellungen der Aktiengesellschaften in der Zeit vom 31.12.1950 - 31.12.1954

Umstellungsverhältnis	Zahl der Gesellschaften	Stammkapital	
		vor	nach
		Umstellung	
		1 000 RM	1 000 DM
Höher als 10 : 10	9	14 168	28 818
10 : 10	16	39 607	39 607
Niedriger als 10 : 10	18	94 520	34 714
Insgesamt	43	148 296	103 139

Da das Verhältnis der Kapitalumstellung von RM auf DM nicht erkennen lässt, inwieweit der Bewertungsspielraum ausgenutzt wurde, stille Reserven aufgelöst, Rücklagen gebildet worden sind u. ä., können Rückschlüsse auf die tatsächlichen Vermögensveränderungen der Aktiengesellschaften nur bedingt gezogen werden. Darüber hinaus wird ein Vergleich der Umstellungsverhältnisse einzelner Branchen und Unternehmungen durch unterschiedliche Ausstattung mit Sachwerten, deren ganzer oder teilweiser Verlust durch Kriegsschäden und Demontagen, aber nicht zuletzt auch durch abweichende Umstellungszeitpunkte erschwert.

8) vergl. "Wirtschaft und Statistik", hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Jg. 6 N. F., H. 3 (März 1954), S. 135

9) ebenda, Jg. 7, N. F., H. 3 (März 1955), S. 141

Veränderungen des Bestandes an Aktiengesellschaften im Jahre 1954

Am Jahresbeginn 1954 betrug der Bestand an Aktiengesellschaften 72. Er erhöhte sich im Laufe des Jahres um 4 DM-Gesellschaften und verminderte sich infolge Kapitalumstellung um 2 RM-Gesellschaften.

Tab. 6 Die Entwicklung der Aktiengesellschaften nach Zahl und Höhe des Stammkapitals im Jahre 1954

Bestand Zu- und Abgänge	Aktiengesellschaften mit DM-Kapital		Aktiengesellschaften mit RM-Kapital	
	Zahl	Kapital in 1 000 DM	Zahl	Kapital in 1 000 RM
Bestand am 1.1.1954	65	134 700	7	37 560
Zugänge	6	34 010	-	-
davon				
Gründung, Umwandlung u. ä.	3	8 220	-	-
Sitzverlegung	1	1 500	-	-
Kapitalumstellung	2	20 240	-	-
Kapitalerhöhung	(6)	4 050	-	-
Abgänge	2	4 910	2	21 300
davon				
Liquidations- und Konkursöffnung	-	-	-	-
Fusion u. Umwandlung	2	2 600	-	-
Kapitalumstellg.	-	-	2	21 300
Kapitalherabsetzg.	(2)	2 310	-	-
Bestand am 31.12.54	69	163 800	5	16 260

Das Stammkapital der DM-Aktiengesellschaften erhöhte sich um 29 Mio DM. Allerdings trugen hierzu allein die Kapitalumstellungen zweier Aktiengesellschaften mit rund 20 Mio DM bei.

Dipl. Volksw. M. Volke

Die Verschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften

- Stand 31.3.1955 -

1. Überblick

Von insgesamt 1 634 Gebietskörperschaften¹⁾ waren Ende des Rechnungsjahres 1954 984 in Höhe von 256 Mio DM verschuldet (einschliesslich Altverschuldung, aber ohne Kassenkredite und Auslandsschulden); dazu kommen noch 2 Mio DM Kassenkredite. Diese 256 Mio DM entsprechen einer Verschuldung von 110 DM je Einwohner, davon wurden 29 DM für wirtschaftliche Unternehmen aufgenommen, 5 DM für den Wohnungsbau weitergeleitet und 4 DM für den eigenen Wohnungsbau verbraucht, so dass die Darlehenssumme, für die die Haushalte der kommunalen Gebietskörperschaften im Schuldendienst aufkommen müssen, sich auf 72 DM

1) 4 kreisfreie Städte, 17 Landkreise, 222 Ämter und 1 391 kreisangehörige Gemeinden

je Einwohner beläuft.

Die Gemeinden mit mehr als 3 000 Einwohnern sowie die kreisfreien Städte und die Kreisverwaltungen sind alle verschuldet; die Gemeinden mit 2 000 bis 3 000 Einwohnern sind bis auf eine Gemeinde, die mit 1 000 bis 2 000 Einwohnern zu 90 % und die unter 1 000 Einwohner zu 60 % verschuldet. Die Ämter sind mit 1 Mio DM am geringsten verschuldet, von ihnen weisen nur 23 % Schulden nach. Gegenüber dem Vorjahr sind im Rechnungsjahr 1954 6 % aller Gebietskörperschaften neu verschuldet.

Entsprechend dem Finanzierungsbedarf, der abhängig ist von der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen, der Grösse des Gemeinwesens und des davon abhängigen Investitionsbedarfs, insbesondere für Strassen, Wohnungs-

bau, öffentliche Einrichtungen, Schulen u. a., steigen die Schulden mit wachsender Gemeindegrössenklasse erheblich an. Die verschuldeten Gemeinden unter 1 000 Einwohner sind mit 32 DM je Einwohner am geringsten, die kreisfreien Städte mit 168 DM am stärksten verschuldet. Lediglich die Gemeindegrössenklasse mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern, in denen die ländlichen Gebiete der Grossgemeinden des Kreises Eutin enthalten sind, unterbricht die gleichmässig ansteigende Reihe der durchschnittlichen Verschuldung je Einwohner.

Innerhalb der 256 Mio DM Gesamtverschuldung spielt die Altverschuldung²⁾ in Höhe von knapp 5 Mio DM nur eine geringe Rolle. Sie hat sich im Laufe der letzten vier Jahre etwa halbiert. Es handelt sich dabei aber nicht um eine echte Tilgung; der Rückgang der Altverschuldung ist überwiegend darauf zurückzuführen, dass die anfänglich in der Gesamtschuldverpflichtung mitenthaltenen Umstellungsgrundschulden seit 1954 nicht mehr erhoben werden. (Der Schuldendienst dafür findet seither seinen Niederschlag im Haushalt der Gemeinden und Gemeindeverbände als Hypothekengewinnabgabe.)

Die seit dem 21.6.1948 neu aufgenommenen Schulden (Neuverschuldung) sind dagegen seit dem 31.3.1951 auf mehr als das Dreifache und gegenüber dem Vorjahre um rund ein Drittel angewachsen. Sie belaufen sich nunmehr auf 251 Mio DM (ohne Kassenkredite). 34 % der Neuverschuldung wurden auf dem Kreditmarkt aufgenommen. Beträgsmässig spielt aber nach wie vor die Verschuldung bei Gebietskörperschaften (Bund und Land) die bedeutendste Rolle. Ihr Anteil beträgt 43 % der Neuverschuldung, der Rest entfällt auf die öffentlichen Sondermittel.

2. Die Entwicklung der Verschuldung seit der Währungsumstellung

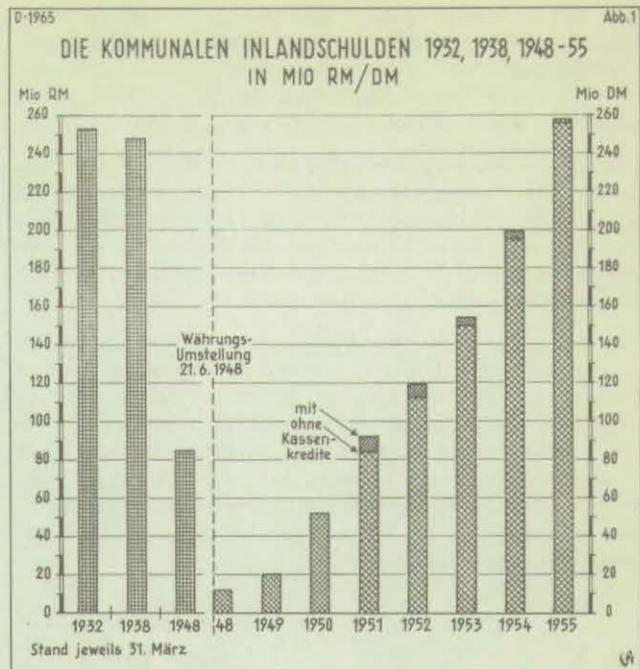
Von der Verschuldung am 31.3.1948 in Höhe von rund 85 Mio RM – die als ausserordentlich gering gelten kann, da sie nur knapp ein Drittel der Vorkriegsverschuldung erreichte – verblieben nach der Währungsreform 12 Mio DM (Altverschuldung).

Die Schulden stiegen in den folgenden Jahren rasch an und erreichten am 31.3.1951 mit 84 Mio DM (ohne Kassenkredite) etwa wieder die Höhe von vor der Währungsumstellung. Die Schulden zwischen den Jahren 1948 und 1950 lassen sich nach ihrer Art nicht einwandfrei ermitteln³⁾.

Die Kassenkredite waren in den ersten Jahren nach der Währungsumstellung für die kommunalen Gebietskörperschaften von erheblicher Bedeutung, da es den Gemeinden Schleswig-Holsteins bei einem verhältnismässig niedrigen Steueraufkommen und infolge der allgemein schlechten Wirtschaftslage nur unter grossen Schwierigkeiten gelang, den unausweichlich notwendigen laufenden Finanzierungsbedarf zu decken. Die Kassenlage der kommunalen Gebietskörperschaften, denen nach der Währungsumstellung eine Erstausrüstung für ihre laufenden Ausgaben gegeben wurde, war – ähnlich wie beim Land – häufig sehr angespannt. In dieser schwierigen Lage dienten die Kassenkredite der Finanzierung der laufenden Ausgaben. Nach dem 31.3.1951 erreichten sie fast den Betrag von 8 Mio DM, sanken ein

2) vor dem 21.6.1948 entstandene und nunmehr in DM umgestellte Verschuldung

3) eine Ausgliederung ist nicht möglich, da einmal 1949 keine besondere Schuldenstandserhebung durchgeführt wurde – die Angaben wurden einer Kurztatistik entnommen – und zum anderen in diesen beiden Jahren die Kassenkredite in der Schuldsumme mit enthalten sind.



Jahr später auf 6 Mio DM, schliesslich auf 4 Mio DM und betragen am 31.3.1955 nunmehr knapp über 2 Mio DM⁴⁾.

Aus der Abbildung 1 ist ersichtlich, dass die Verschuldung am 31.3.1955 einen Höchststand erreichte, der sich betragsmässig etwa dem Vorkriegsstand angenähert hat. In dieser stark gestiegenen Verschuldung spiegelt sich die wachsende Belegung der Investitionstätigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften nach der Währungsreform wider. Am Anfang dieser Entwicklung stand die besonders schwierige finanzielle Lage des mit Vertriebenen überstark belasteten Landes. Der durch die Kriegszerstörungen und den Bevölkerungszuwachs unbedingt erforderliche Bedarf an neuen Schulen bzw. Schulräumen ist auch gegenwärtig – sieben Jahre nach der Währungsumstellung – bei weitem nicht voll befriedigt. Viele dringende Ausgaben für Erneuerung, Ausbau und Neubau von Strassen mussten trotz der ausserordentlich schlechten Strassenverhältnisse und des dringenden Bedürfnisses der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, die notwendigen Verkehrsverbindungen wieder aufzubauen, vorerst unterbleiben. Ausserdem bestand bereits vor der Währungsumstellung infolge des Krieges und der Kriegsfolgen ein lange aufgestauter Nachholbedarf, insbesondere auch ein hoher Investitionsbedarf der wirtschaftlichen Unternehmen und für die öffentlichen Einrichtungen (Stadtentwässerung). Trotz dieses Nachholbedarfs sowie des durch die besonderen Verhältnisse der Nachkriegszeit neu geschaffenen Investitionsbedürfnisses bewegte sich die Darlehnsaufnahme anfänglich in recht bescheidenen Grenzen. Die Gemeinden und Kreise konnten in den der Währungsumstellung folgenden Jahren auf Grund ihrer geringen Leistungsfähigkeit bei weitem nicht in der erwünschten Höhe Darlehen aufnehmen, insbesondere der Kreditmarkt konnte nur zögernd in Anspruch genommen werden. Etwas besser war die Möglichkeit einer Darlehnsaufnahme für die wirtschaftlichen Unternehmen, da hier der Schuldendienst durch eigene Einnahmen gesichert war.

4) Die Höhe der Kassenkredite besagt für die vier Stichtage allerdings nicht sehr viel, da infolge ihrer Kurzfristigkeit der an einem Stichtag festgestellte Betrag zufällig ist. Sie wurden hier deshalb angeführt, um eine Vorstellung davon zu geben, in welchen Grössenordnungen derartige Kredite etwa in Anspruch genommen wurden. Da ihre Bedeutung nunmehr gering ist, wurden sie in der folgenden Betrachtung unberücksichtigt gelassen, es sei denn, dass sie ausdrücklich erwähnt werden.

Das Rechnungsjahr 1954/55 weist somit absolut die bisher höchste Schuldenzunahme auf.

3. Herkunft der seit dem 21.6.1948 aufgenommenen Schulden

a) Kreditmarktmittel

Die gesamte Neuverschuldung ist seit 1954 um ein Drittel gestiegen, je Einwohner sogar – infolge der Bevölkerungsabnahme – um vier Zehntel, sie beträgt nunmehr rund 108 DM je Einwohner.

86 Mio DM = 34 % der gesamten Neuverschuldung am 31.3.1955 wurden auf dem Kreditmarkt aufgenommen. Fast genau die Hälfte dieser Kreditmarktschulden wurden von den vier kreisfreien Städten nachgewiesen, obwohl ihr Anteil an der gesamten Neuverschuldung nur 43 % beträgt.

Noch am 31. März 1951 war nur ein Viertel der Kreditmarktschulden (bei einem Anteil an der Gesamtverschuldung von 39 %) von den 4 kreisfreien Städten aufgenommen. In den letzten vier Jahren haben diese Städte ihre Schulden aus Kreditmarktmitteln mehr als versiebenfacht. Von den 43 Mio DM von ihnen seit der Währungsumstellung aufgenommenen Kreditmarktmitteln wurden 16 Mio DM für die wirtschaftlichen Unternehmen und weitere 17 Mio DM für das Bau- und Wohnungswesen bereitgestellt.



Die Verschuldung auf dem Kreditmarkt im Laufe des Rechnungsjahres 1954 war verhältnismässig gering, sie stieg

Tab. 2 Die Verschuldung nach Darlehnsquellen in den Rechnungsjahren 1951 – 1955

Art der Schulden	Schulden am 31.3.					Zu- bzw. Abnahme 1955 geg. 1954 in %
	1951	1952	1953	1954	1955	
	in Mio DM					
Inlandverschuldung insgesamt	83,8	112,5	150,0	195,2	255,7	+31
davon						
Altverschuldung	9,2	8,5	8,3	5,8	4,9	- 16
Neuverschuldung absolut	74,5	104,0	141,6	189,4	250,8	+ 32
je Einwohner in DM	29	42	58	79	108	x
Von der Neuverschuldung sind Schulden						
aus Kreditmarktmitteln	22,9	30,6	45,6	70,0	85,9	+ 23
aus öffentlichen Sondermitteln	19,9	29,3	31,3	34,3	57,4	+ 67
bei Gebietskörperschaften	31,7	44,1	64,8	85,0	107,5	+ 26

Tab. 3 Die Kreditmarktmittel nach Darlehnsgebern in den Rechnungsjahren 1951 bis 1954

Darlehnsgeber	1951	1952	1953	1954	1955	Zu- bzw. Abnahme 1955 geg. 1954 in %
	in Mio DM					
Sparkassen	4,4	5,4	6,6	15,6	19,9	+ 27
Girozentralen	6,9	11,8	20,9	27,2	27,3	+ 0,2
Sonstige Kreditinstitute	0,6	0,9	2,0	8,0	20,4	+ 156
Privatversicherungs- und Bausparkassen	5,9	7,0	9,2	13,5	13,7	+ 2
Hypotheken- und Rentenschulden	2,1	2,3	2,7	2,2	1,6	- 28
Sonstige Schulden	3,1	3,1	4,2	3,5	3,0	- 15
Kreditmarktmittel insgesamt	22,9	30,6	45,6	70,0	85,9	+ 23
davon aufgenommen von						
kreisfreien Städten	5,8	9,4	15,2	33,7	42,7	+ 27
Gemeinden, Ämtern	13,5	15,3	21,0	24,3	31,3	+ 29
Kreisverwaltungen	3,7	5,8	9,3	12,1	11,9	- 1

um 23 %. Im Rechnungsjahr 1953 war die Schuldenaufnahme mit einer Steigerung von 31 % (25 Mio DM) um rund die Hälfte höher gewesen.

Die Darlehensgeber auf dem Kreditmarkt sind für die Gemeinden und Gemeindeverbände insbesondere die Girozentralen und die Sparkassen.

Die Kreditmarktmittel – ohne die Annuitätsdarlehen in Höhe von 35 Mio DM = 41 %, über deren Fälligkeit keine Angaben vorliegen – wurden den kommunalen Gebietskörperschaften überwiegend langfristig zur Verfügung gestellt. 40 Mio DM = 47 % haben eine Laufzeit von 10 und mehr Jahren, nur knapp 2 Mio DM = 2 % sind für weniger als vier

Jahre und 9 Mio DM = 10 % aller Kreditmarktmittel sind mittelfristig gewährt worden. Dennoch sind 63 % aller mittelfristig gegebenen Darlehen und 90 % aller kurzfristig gegebenen Darlehen auf dem Kreditmarkt aufgenommen worden.

b) Die Schulden aus öffentlichen Sondermitteln und bei Gebietskörperschaften

Als Schulden aus öffentlichen Sondermitteln werden die ERP-Mittel sowie Mittel der Arbeitslosenversicherung und sonstiger Träger der Sozialversicherung bezeichnet.

Tab. 4 Schulden aus öffentlichen Sondermitteln

Art der Schulden	Schulden am 31.3.					Zunahme 1955 geg. 1954 in %
	1951	1952	1953	1954	1955	
	in Mio DM					
Schulden aus ERP-(ECA-) Mitteln	16,0	20,2	21,1	21,2	22,6	7
Schulden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung	3,9 ^{a)}	4,9	3,9	4,5	11,8	160
Schulden aus Mitteln sonst. Träger der Sozialvers.		4,2	6,4	8,5	22,9	169
Schulden aus Sondermitteln insgesamt	19,9	29,3	31,3	34,3	57,4	67
davon aufgenommen von						
kreisfreien Städten	14,6	19,6	21,8	23,6	33,8	43
Gemeinden und Ämtern	4,7	8,3	7,5	8,3	17,4	109
Kreisverwaltungen	0,6	1,5	2,1	2,4	6,1	159

a) im Jahr 1951 nicht aufgegliedert

Auch bei den öffentlichen Sondermitteln ist die Laufzeit der Darlehen überwiegend langfristig. 39 Mio DM = 68 % haben eine Laufzeit von mehr als 10 Jahren. Die kurz- und mittelfristigen Darlehen spielen ihrer Höhe nach eine völlig bedeutungslose Rolle (16,5 Mio DM = 29 % sind Annuitätsdarlehen).

Der Anteil der kreisfreien Städte an allen öffentlichen Sondermitteln war am 31. März 1951 noch verhältnismässig hoch, denn drei Viertel aller Sondermittel entfielen auf die vier Städte. Bis zum 31. März 1955 sank dieser Anteil auf drei Fünftel der gesamten Sondermittel ab. Die Mittel wurden namentlich von wirtschaftlichen Unternehmen aufgenommen, und zwar in Höhe von insgesamt rund 28 Mio DM, davon wiederum entfiel der Hauptteil – knapp 21 Mio DM – auf die kreisfreien Städte. 13 Mio DM wurden im Bau- und Wohnungswesen verwandt, und hier wieder knapp 4,7 Mio DM in den kreisfreien Städten; die kreisangehörigen Gemeinden und Ämter erhielten 5,4 Mio DM. Der Rest entfiel auf die Landkreisverwaltungen.

Die Schulden bei Gebietskörperschaften sind Darlehensaufnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände beim Land bzw. Bund. Der betragsmässig bedeutendste Teil dieser Verschuldung wurde für die Finanzierung von Schulbauten (rund 37 Mio DM) verwandt und erst in zweiter Linie für den Verwaltungszweig "Bau- und Wohnungswesen", darunter namentlich für den Bau von Strassen in Höhe von 27 Mio DM. Auf diese beiden Verwendungsarten entfallen drei Fünftel dieser Schulden.

4. Die Fälligkeit der Schulden

Die Fälligkeit der Schulden ist wie im allgemeinen, so auch für die kommunalen Gebietskörperschaften von grosser Bedeutung. Der weitaus grössere Teil (33 %) der Verschul-

dung – ohne die Annuitätsdarlehen – ist vier Jahre nach dem 31.3.1955 fällig. Die Kreditmarktmittel belasten die Haushalte in diesen vier Jahren weitaus stärker als die Schulden aus öffentlichen Sondermitteln oder Darlehen von Gebietskörperschaften.

Tab. 5

Die Neuverschuldung nach Fälligkeit und Darlehensquelle

Fälligkeit	Schulden der kommunalen Gebietskörperschaften in Mio DM			
	auf dem Kredit- markt	aus öffentl. Sonder- mitteln	bei Gebiets- körper- schaften	ins- ges.
im Rj. 1955	7,5	3,7	3,3	14,5
1956	5,1	3,5	3,3	11,9
1957	4,9	3,8	3,4	12,1
1958	5,5	4,0	3,6	13,1
nach dem 31.3.1959	27,8	26,0	52,1	105,8
dazu Annuitätsdarlehen	35,1	16,5	41,9	93,4
Insgesamt	85,9	57,4	107,5	250,8

45 % der Kreditmarktmittel – ohne Annuitätsdarlehen – werden in den vier Jahren bis zum 31.3.1959 fällig. Von den Darlehen aus öffentlichen Sondermitteln werden 37 %, von den Schulden bei Gebietskörperschaften nur 21 % in diesem Zeitraum fällig. Dies ist im Hinblick auf den Schuldendienst ein günstiger Umstand, da die Kreditmarktmittel durchschnittlich höher als die übrigen Darlehen zu verzinsen sind.

Der aus der Verschuldung entstandene ordentliche und ausserordentliche Schuldendienst, ohne Berücksichtigung der Kassenkredite, belief sich auf insgesamt 26,3 Mio DM im Rechnungsjahr 1954; davon mussten aus Mitteln des eigenen Haushalts der Gebietskörperschaften 16,3 Mio DM aufgebracht werden. Weitere 8 Mio DM wurden von wirtschaftlichen Unternehmen und knapp 2 Mio DM von Dritten, also ohne Belastung des eigenen Haushalts, aufgebracht. Die kreisfreien Städte waren an diesem Schuldendienst mit über der Hälfte der Gesamtsumme beteiligt, vornehmlich aus dem Grunde, weil allein 5 Mio DM ihres Schuldendienstes von wirtschaftlichen Unternehmen aufzubringen waren.

Es ist also bei den Angaben der Tabelle 5 zu berücksichtigen,

dass die in den verschiedenen Jahren fällig werdenden Beträge nicht mit dem vollen Betrag den gemeindlichen Haushalt belasten.

5. Die Zinsbedingungen

Die Zinsbedingungen sind in der Schuldenstandserhebung vom 31.3.1955 nicht besonders erfragt worden. Die zeitnahesten Ergebnisse liegen für den 31.3.1954 vor. Bei der damaligen Inlandverschuldung von insgesamt 195 Mio DM verteilen sich die Darlehen auf die einzelnen Zinsgruppen wie folgt:

Inlandschulden nach Zinssätzen und Schuldenarten in % der jeweiligen Schuldenart

Tab. 6

— Stand: 31. 3. 1954 —

Schulden insgesamt Zinssätze	Schulden der kommunalen Gebietskörperschaften			
	Bis zum 20.6.1948 entstandene Inlandschulden	Seit dem 21.6.1948 aufgenommene Schulden		insgesamt
		aus Kreditmarktmitteln	aus öffentl. Mitteln	
Verschuldung insgesamt Mio DM	5,8	83,1	106,3	195,2
davon in %				
unverzinslich	5,3	1,6	18,1	10,7
verzinslich mit				
mehr als 0 bis unter 3 %	9,0	1,1	21,3	12,3
3 %	12,3	1,2	5,8	4,1
mehr als 3 bis unter 4 %	2,5	1,9	2,1	2,0
4 %	36,2	2,7	5,9	5,5
mehr als 4 bis unter 5 %	24,9	1,5	1,9	2,4
5 %	3,3	7,5	18,4	13,3
mehr als 5 bis unter 6 %	2,9	20,1	3,6	10,6
6 %	2,9	6,0	2,5	4,0
mehr als 6 bis unter 7 %	0,2	21,5	15,5	17,6
7 %	0,0	8,2	4,7	6,1
mehr als 7 bis unter 8 %	0,3	18,6	0,0	8,0
8 %	0,1	7,5	0,0	3,2
mehr als 8 bis unter 9 %	-	0,2	-	0,1
mehr als 9 %	0,1	0,4	0,0	0,2
Durchschnittszinssatz ¹⁾	3,7	6,2	3,5	4,6

1) gewogener Durchschnitt, entnommen: "Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden", Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 126, S. 14, Herausgeber: Statistisches Bundesamt/Wiesbaden

6. Die Darlehnsverwendung

Ein sehr erheblicher Teil der Schulden wurde, wie schon eingangs erwähnt, von den kommunalen Gebietskörperschaften für deren wirtschaftliche Unternehmen aufgenommen. 1951 wurden 39 % der festgestellten Neuverschuldung für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen eingesetzt. Dieser Anteil sank im Verlauf der nächsten Jahre, und zwar

Die Neuschulden der wirtschaftlichen Unternehmen

Tab. 7

1951 — 1955

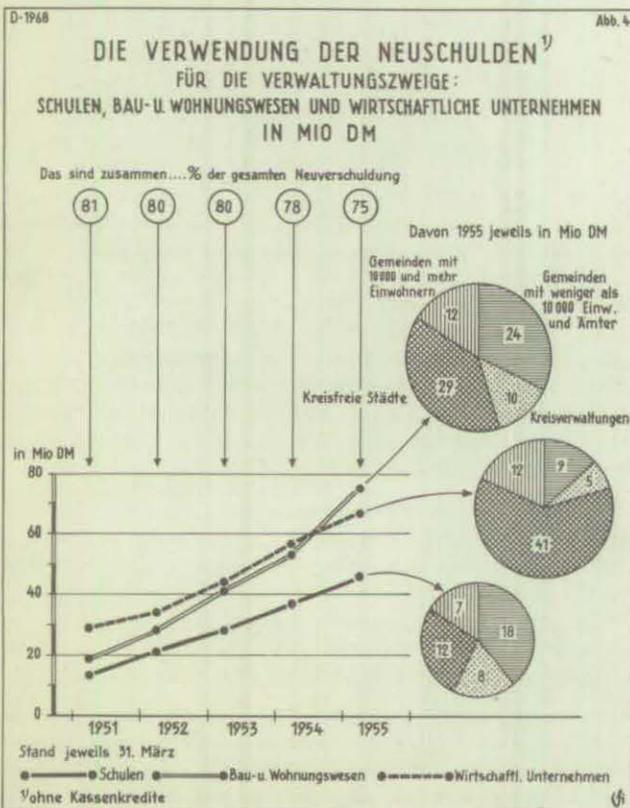
	1951	1952	1953	1954	1955
	in Mio DM				
Neuschulden insges. (ohne Kassenkredite)	74,5	104,0	141,6	189,4	250,8
darunter für wirtschaftl. Untern.	28,9	34,2	43,9	56,7	67,0
darunter Kreditmarktmittel	9,3	11,5	18,6	28,8	28,2

im Jahre 1952 auf ein Drittel der Verschuldung, 1953 auf 31 %, 1954 auf 30 % und im Jahre 1955 auf knapp 27 %. Die Verschuldung der wirtschaftlichen Unternehmen hat sich jedoch seit 1951 von 29 Mio DM auf 67 Mio DM erhöht, also mehr als verdoppelt.

Von den Kreditmarktmitteln flossen im Jahre 1951 35 % den wirtschaftlichen Unternehmen zu. Im Jahre 1953 wie auch 1955 waren es ein Drittel der Kreditmarktschulden (12 DM je Einwohner). Seit 1951 haben sich die Kreditmarktmittel der wirtschaftlichen Unternehmen genau verdreifacht, wobei interessant ist, dass diese Verschuldung sich im Rechnungsjahr 1955 gegenüber dem Vorjahre nicht erhöht hat.

Der überwiegende Teil der Darlehen für wirtschaftliche Unternehmen ist von den 4 kreisfreien Städten aufgenommen worden, nämlich rund drei Fünftel (25 DM je Einwohner). Die Kreisverwaltungen dagegen sind nur mit 8 % beteiligt. Von der Schuldenaufnahme für wirtschaftliche Unternehmen (67 Mio DM) wurden für die Elektrizitätsversorgung 41 %, für die Gasversorgung 19 %, für die Wasserversorgung 15 %,

Verwendungszweck	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt			davon								
				Kreisfreie Städte			Kreisangehörige Gemeinden u. Ämter			Kreisverwaltungen		
	darunter			darunter			darunter			darunter		
	aus Kreditmarktmitteln			aus Kreditmarktmitteln			aus Kreditmarktmitteln			aus Kreditmarktmitteln		
	Ges.-schulden	abs.	in % der Ges.-verschuldung	Ges.-schulden	abs.	in % der Ges.-verschuldung	Ges.-schulden	abs.	in % der Ges.-verschuldung	Ges.-schulden	abs.	in % der Ges.-verschuldung
in Mio DM			in Mio DM			in Mio DM			in Mio DM			
Neuschulden insgesamt	250,8	85,9	34	108,5	42,7	39	110,3	31,3	28	32,0	11,9	37
darunter für												
Schulen	46,2	7,7	17	12,4	2,2	18	25,4	3,2	13	8,5	2,3	27
Gesundheits- und Jugendpflege	9,7	5,0	52	1,9	0,2	8	3,1	2,2	72	4,7	2,7	57
darunter Einrichtg. des Gesundheitswesens	9,2	4,9	53	1,8	0,1	5	2,8	2,1	77	4,7	2,7	57
Bau- u. Wohnungswesen	74,7	28,2	38	28,8	16,5	57	35,6	8,5	24	10,3	3,2	31
darunter weitergegebenen an Wohnungsbau	11,4	9,7	86	9,5	9,4	99	1,6	0,2	13	0,3	0,1	35
eig. Wohnungsbau	9,0	3,7	41	0,3	0,3	98	7,1	2,1	29	1,6	1,3	82
Strassen- u. Brückenbau	52,6	14,4	27	17,9	6,4	36	26,5	6,2	23	8,2	1,8	22
Öffentl. Einrichtungen	27,9	7,1	26	13,6	3,4	25	13,1	3,3	25	1,2	0,5	43
darunter Stadtentwässerung	18,5	3,3	18	7,5	1,5	20	11,0	1,9	17	-	-	-
Wirtsch. Unternehmen	67,0	28,2	42	41,1	16,1	39	20,6	9,4	46	5,3	2,7	50
Finanzen und Steuern	18,1	7,6	42	6,4	3,2	50	10,8	4,1	38	0,9	0,3	34



Die wichtigsten Verwendungsarten der Neuverschuldung in den einzelnen kommunalen Ebenen gibt die Tabelle 8 wieder.

Das Schwergewicht der Verwendung der Neuschulden liegt im Gegensatz zu früheren Jahren seit Ende des Rechnungsjahres 1954 nicht mehr bei den wirtschaftlichen Unternehmen, sondern im Bau- und Wohnungswesen, namentlich im Strassenbau, mit dem Übergewicht bei den kreisangehörigen Gemeinden. Beträchtliche Darlehen wurden auch zur Finanzierung des Wohnungsbaues zur Verfügung gestellt. Im Verhältnis zur gesamten Darlehnsaufnahme in diesem Aufgabenbereich ist der Umfang der Kreditmarktschulden — insbesondere bei den kreisfreien Städten — sehr hoch. Neben der Schuldenaufnahme für den Strassenbau und für die wirtschaftlichen Unternehmen sind erhebliche Beträge für den Schulbau zur Verfügung gestellt worden, und zwar flossen ihm 18 % der Gesamtverschuldung zu. Der Anteil der Kreditmarktmittel an der Gesamtverschuldung für Schulen ist jedoch gering. Beachtlich ist auch die Darlehnsaufnahme für die öffentlichen Einrichtungen, und zwar überwiegend aufgenommen für die Stadtentwässerung sowie für Einrichtungen des Gesundheitswesens, namentlich für Krankenhäuser. Der Umfang der Darlehnsmittel für den Verwaltungszweig Finanzen und Steuern, und hier für das allgemeine Grundvermögen, ist beträchtlich.

Der vorstehende Beitrag wird mit einer Darstellung der regionalen Verschuldung, der Stellung Schleswig-Holsteins im Bund sowie der Landesverschuldung im Vergleich zum Bundesgebiet in einem der nächsten Hefte fortgesetzt.

für Hafen- und Umschlagunternehmen 6 % und für die übrigen Verkehrsunternehmen²⁾ 9 % aufgenommen.

Dipl. Volksw. J. Sachse

Die Schädigungen des Schlachtviehs durch Krankheiten und Schädlinge

— Ergebnisse der Schlachtier- und Fleischbeschau in Schleswig-Holstein im Jahre 1954 —

In den letzten Jahren wurden in Schleswig-Holstein jährlich insgesamt über 1 Million Rinder, Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde geschlachtet. Jedes einzelne dieser Tiere wurde von einem Tierarzt oder Fleischbeschauer genau untersucht. Bei dieser Beschau wird zunächst der Gesundheitszustand des lebenden Tieres beurteilt (Schlachtierbeschau). Nach der Schlachtung werden dann die einzelnen Fleischteile und inneren Organe nach ganz bestimmten Richtlinien untersucht (Fleischbeschau).

Die Schlachtier- und Fleischbeschau hat besonders für die Volksgesundheit, dann aber auch für die Tierseuchenbekämpfung und nicht zuletzt für die Tierhalter erhebliche Bedeutung. Durch die Beschlagnahme und Vernichtung von Tierteilen oder ganzen Tierkörpern, die für den menschlichen Genuss untauglich sind, wird gewährleistet, dass die Bevölkerung jederzeit nur mit in gesundheitlicher Hinsicht einwandfreien Schlachterzeugnissen versorgt wird. Die zusammengestellten Ergebnisse der Schlachtier- und Fleischbeschau können den Tierhaltern ausserdem wichtige Hinweise über den Gesundheitszustand ihrer Viehbestände geben und sie zu geeigneten Abwehrmassnahmen veranlassen. Der Tierarzt kann auf Grund umfassender Kenntnisse über die Lebensgewohnheiten einzelner Schädlinge und über die Entstehungsursachen verschiedener Erkrankungen den Tierhaltern Ratschläge über Abwehrmassnahmen erteilen.

Gerade hierzu ist die Kenntnis von der Verbreitung der einzelnen Schädigungen besonders wichtig.

Die für das Land Schleswig-Holstein zusammengestellten Ergebnisse der Schlachtier- und Fleischbeschau enthalten alle Schlachtungen von Inlandtieren, die in Schleswig-Holstein durchgeführt wurden. Damit ist nur ein Teil des in Schleswig-Holstein im Laufe eines Jahres bis zur Schlachtreife aufgezogenen Viehs (Gesamtschlachtviehaufkommen) erfasst. Ein bei den einzelnen Tierarten unterschiedlich grosser aber meist recht bedeutender Teil des Schlachtviehs wird über die Grenzen des Landes hinaus an andere Bundesländer geliefert und dort geschlachtet (übergebieter Versand). Demgegenüber ist der Anteil des in den schleswig-holsteinischen Schlachtziffern enthaltenen Viehs aus anderen Bundesländern (übergebieter Empfang) nur gering. Die folgende Tabelle zeigt, wieviel Tiere in den einzelnen Jahren in Schleswig-Holstein geschlachtet wurden und welchen Anteil diese Tiere am gesamten in Schleswig-Holstein im Laufe des jeweiligen Jahres aufgezogenen Schlachtvieh einnehmen. Dabei wurde das von anderen Bundesländern empfangene Schlachtvieh gegen einen Teil des in andere Länder versandten Schlachtviehs aufgerechnet. Aus dem Ausland eingeführtes Vieh blieb bei der Aufstellung unberücksichtigt.

Tab. 1 Zahl der in Schleswig-Holstein durchgeführten Schlachtungen¹⁾ von Inlandtieren

	1950		1951		1952		1953		1954	
	absolut	in % ²⁾								
Rinder	89 146	54	114 775	57	104 740	56	140 707	59	145 102	58
Kälber	169 855	92	166 417	87	135 643	86	148 217	84	136 004	83
Schweine	542 022	66	726 935	62	793 446	63	769 749	62	748 762	59
Schafe	67 802	64	40 208	46	40 890	45	43 301	50	40 625	35
Ziegen	1 028	.	969	.	1 152	.	1 099	.	1 105	.
Pferde	14 347	91	14 168	92	10 935	85	9 683	84	9 041	80

1) gewerbliche und Hausschlachtungen 2) in % des gesamten Schlachtviehaufkommens Schleswig-Holsteins (Inlandschlachtungen plus übergebieter Versand minus übergebieter Empfang)

Bei der Beurteilung der Ziffern über die Erkrankungen und Schädigungen der Schlachtier muss also immer bedacht werden, dass sie sich nur auf die in Schleswig-Holstein geschlachteten Tiere beziehen. Es ist jedoch anzunehmen, dass das Schadensbild bei den ausserhalb des Landes geschlachteten schleswig-holsteinischen Tieren zumindest in den Relationen ähnlich sein wird.

Auf der anderen Seite macht sich die Tuberkuloseerkrankung durch verstärkte Zufuhren von tbc-erkrankten Kühen und Färsen zu den Schlachthäusern bemerkbar. Es muss hier jedoch besonders darauf hingewiesen werden, dass alle mit Tuberkulose behafteten Organe vollständig entfernt werden, und zwar so, dass auch die geringste Möglichkeit einer Schädigung oder Gefährdung der menschlichen Gesundheit ausgeschlossen ist.

Verstärkte Tuberkuloseerkrankung bei Schlachtungen spürbar

Die Landwirtschaft bemüht sich in den letzten Jahren in steigendem Masse, die Tuberkulose aus dem Rindviehbestand auszumerzen. Dass hier bereits grosse Fortschritte erzielt worden sind, zeigt die folgende Entwicklungsreihe über die Zahl der in Schleswig-Holstein anerkannt tbc-freien Rinder.

Stichtag	Zahl der anerkannt tbc-freien Rinder ¹⁾
1.4.1952	3 827
1.1.1953	17 329
1.7.1953	39 190
1.5.1954	104 907
1.1.1955	144 180
1.7.1955	233 446

Tab. 2 Die mit Tuberkulose behafteten Schlachtier im Verhältnis zu den Gesamtschlachtungen

Tierart	Von 100 Schlachtieren waren mit Tuberkulose behaftet					
	1929	1950	1951	1952	1953	1954
Kälber	0,4	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Färsen	10,2	11,3	10,6	12,1	12,3	12,8
Bullen	17,8	9,3	7,5	8,9	9,7	8,4
Ochsen	20,6	12,9	13,1	19,9	17,5	17,9
Kühe	47,4	30,5	28,5	30,7	33,3	36,4

Besonders bei den Schlachtkühen ist der Anteil der tbc-erkrankten Tiere von 1951 bis 1954 erheblich gestiegen. 1954

1) Quelle: Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

wurden in Schleswig-Holstein allein 24 600 irgendwie mit Tuberkulose behaftete Kühe geschlachtet. Wenn man einen Vergleich zwischen den letzten Jahren und dem Jahr 1929 vornimmt, so zeigt sich jedoch langfristig bei fast allen Tierarten bereits eine erfreuliche Senkung des Anteils der Tuberkuloseerkrankungen. Es kann angenommen werden, dass noch 1929 fast die Hälfte des Kuhbestandes in irgendeiner Form an Tuberkulose erkrankt war, während diese Zahl heute wahrscheinlich unter den bei den Schlachtungen 1954 ausgewiesenen 36 % liegt, da diese Zahl wegen der Tuberkuloseentlastungsmaßnahmen überhöht ist und somit nichts über die wahre Verbreitung der Krankheit aussagt. Wohlgermerkt handelt es sich bei den ausgewiesenen Fällen um jede Art von Tuberkulose, gleichgültig, welches Organ befallen war und ob das Tier als Ganzes für den menschlichen Verzehr ungeeignet war oder ob nur einzelne Teile entfernt werden mussten, wie z. B. Lungen, Därme usw.

Ein Vergleich der Häufigkeit der Rindertuberkulose in den einzelnen Bundesländern ist wegen der übergeordneten Schlachtviehlieferungen nur bedingt möglich.

Aus Tabelle 3 geht eindeutig hervor, dass die Tuberkulose in den süddeutschen Rinderbeständen erheblich weiter verbreitet ist als in den norddeutschen. In Bayern waren im Jahre 1953 über die Hälfte aller geschlachteten Kühe in irgendeiner Form an Tuberkulose erkrankt und auch in Baden-Württemberg und Hessen liegen die entsprechenden Anteile mit 45 bzw. 44 % noch erheblich über dem Bundesdurchschnitt. Bei den Färsen sind die Unterschiede nicht so gross. Da die Tiere gewöhnlich erst nach der Geburt infiziert werden, ist die Verbreitung der Tuberkulose im Kälberbestand noch relativ gering. Auch bei den Schweinen, Schafen, Ziegen und Pferden kommt die Tuberkulose nur sehr selten vor. Mit Ausnahme der Schweine, von denen zur Zeit der Schlachtung in Schleswig-Holstein durchschnittlich 1 bis 2 % an Tuberkulose erkrankt sind, liegen die Anteile der Erkrankungen bei den genannten Tieren unter 1 %.

Ein kurzer Seitenblick auf die Schlachttiere, die aus dem nördlichen Nachbarland Dänemark über die schleswig-holsteinischen Seegrenzschlachthöfe in die Bundesrepublik eingeführt werden, zeigt, dass die Tuberkulose im dani-

Der Anteil der an Tuberkulose erkrankten Tiere an den in den einzelnen Bundesländern geschlachteten Tieren 1953

Tab. 3

Länder	Von 100 Schlachttieren waren mit Tuberkulose behaftet			
	Kälber	Rinder	darunter	
			Kühe	Färsen
Schleswig-Holstein	0,2	22,0	33,3	12,3
Hamburg	0,4	27,3	40,4	18,0
Niedersachsen	0,3	20,4	29,8	12,1
Bremen	0,6	17,8	28,5	13,3
Nordrhein-Westfalen	0,3	24,9	33,0	13,2
Hessen	0,4	30,1	44,0	19,1
Rheinland-Pfalz	0,5	23,1	36,9	14,6
Baden-Württemberg	0,5	26,8	44,7	15,1
Bayern	0,5	33,5	54,8	14,1
Bundesgebiet	0,4	26,9	40,5	14,6
Einfuhren nach Schleswig-Holstein aus Dänemark	.	0,02	0,03 ^{a)}	-

a) 1954 : 0,02. 1953 wurden 114 257 Schlachtkühe aus Dänemark eingeführt, 1954 waren es 93 185

schen Rinderbestand bereits bedeutungslos geworden ist. Von den 1953 insgesamt eingeführten 137 000 Rindern waren nur 31 Tiere an Tuberkulose erkrankt. 1954 waren es 23 von 114 000. Weitaus die meisten der eingeführten Tiere waren in beiden Jahren Schlachtkühe. Wenn diese Zahlen auch nicht repräsentativ für den gesamten dänischen Rinderbestand sein können, so zeigen sie doch, dass dort nur noch verschwindend wenige Tiere tuberkulös sind.

0,5 % aller Schlachtrinder völlig genussuntauglich

Je nach dem Grad der Schädigung sind entweder ganze Tiere oder nur einzelne Teile der Tiere für den menschlichen

Tab. 4

Die wichtigsten Gründe für die Genussuntauglichkeit ganzer Tierkörper 1954

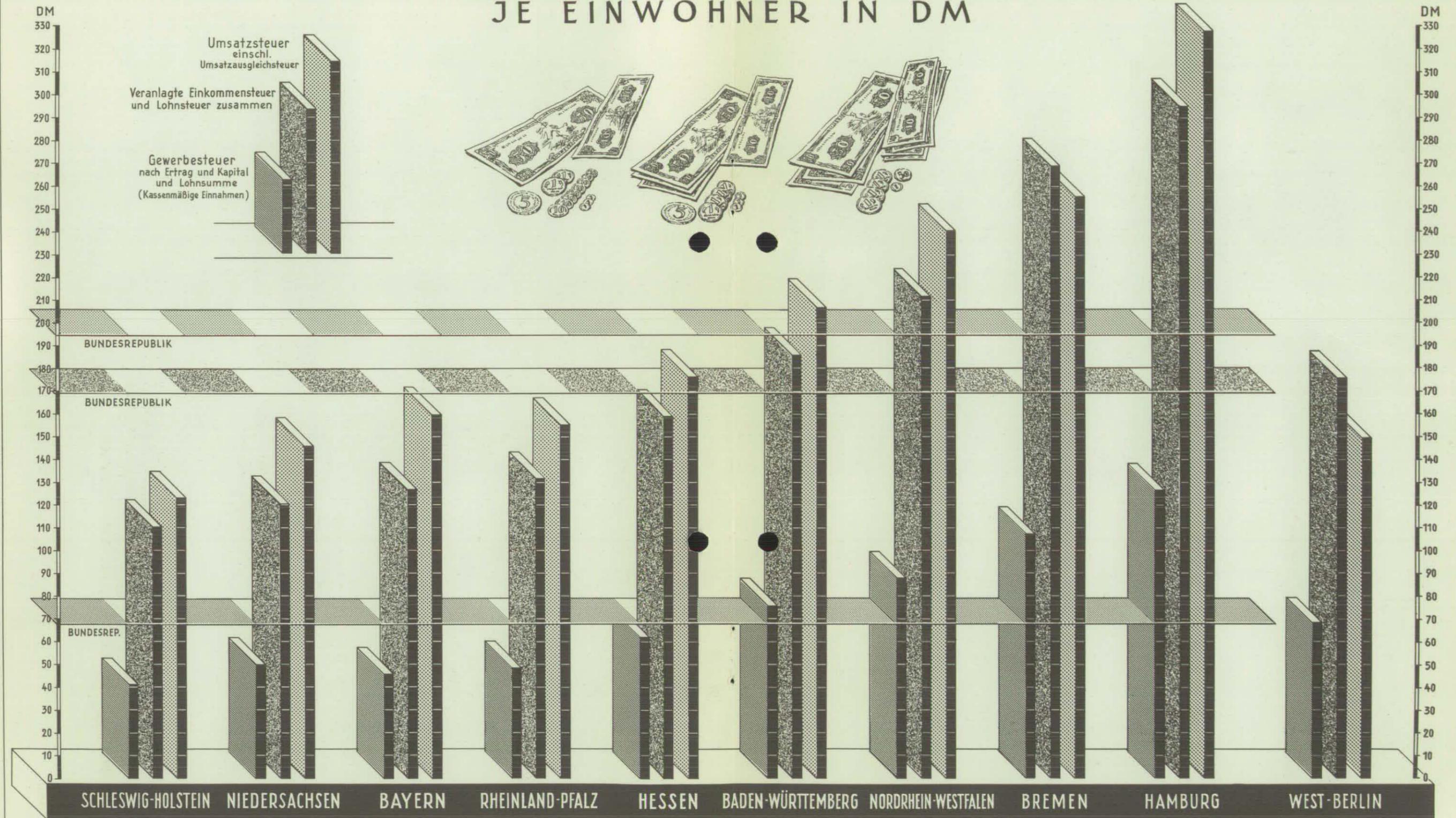
Genussuntaugliche Tiere Krankheit	Für den menschlichen Verzehr untaugliche ganze				
	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde
	Anzahl in Stück				
Insgesamt	754	1 937	569	262	74
davon untauglich wegen:	in %				
Blutvergiftung	in %				
a) ohne Nachweis von Fleischvergiftungserregern	9,3	13,3	9,6	5,1	23,0
b) mit vorhandenen Fleischvergiftungserregern	12,7	23,9	2,9	1,2	6,8
Tuberkulose	14,1	0,4	1,8	0,8	-
Allgemeine Wassersucht	6,1	4,7	2,0	17,5	2,7
Gelbsucht	1,9	3,9	6,4	3,5	8,1
Fäulnis und ähnliche Zersetzungs Vorgänge	15,5	22,7	24,4	37,0	27,0
Geruchs- und Geschmacksabweichungen des Fleisches	6,0	2,6	13,0	4,3	10,8
Vollständige Abmagerung aus nicht gesondert genannten Gründen	7,8	3,1	5,0	14,4	4,1
Besondere Fälle ¹⁾	11,6	21,7	17,6	12,8	12,2
Verschiedene andere Erkrankungen und Mängel	15,0 ^{a)}	3,6	17,3 ^{b)}	3,5	5,4

1) Bei Notschlachtungen nicht unmittelbar nach dem Tod ausgeweidete Tiere, eines natürlichen Todes gestorbene Tiere, im Verenden gewötete Tiere, tot- oder ungeborene Tiere

a) darin enthalten 9,2 % wegen Geschwülsten, 3,3 % wegen Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche

b) darin enthalten 10,0 % wegen Rotlauf

STEVERAUFKOMMEN* IM RECHNUNGSJAHR 1954 JE EINWOHNER IN DM



*in der jeweils wichtigsten Bundes-, Landes- und Gemeindesteuer

Genuss ungeeignet. In bestimmten Fällen können auch Teile von Schlachtieren Mängel zeigen, die sich durch eine entsprechende Behandlung, z. B. durch längeres Kochen, beheben lassen. Welche Schädigung in den einzelnen Fällen jeweils vorliegt, wird von den Fleischbeschauern und Beschautierärzten nach sorgfältiger Untersuchung der Tierkörper entschieden. Besondere Kennzeichen verhindern eine spätere Verwechslung von gesunden und minderwertigen Fleischteilen. Als Nahrungsmittel unbrauchbare Teile werden den Tierkörperbeseitigungsanstalten zugeführt.

Die Anteile der für den menschlichen Genuss vollkommen unbrauchbaren ganzen Tierkörper an den gesamten Schlachtungen betragen bei Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen in der Regel weniger als 1 %. Bei Kälbern und Pferden liegen sie in der Mehrzahl der Jahre zwischen 1 und 1,5 %. Eine Übersicht über die Mängel, die diese Tiere 1954 zeigten, gibt die Tabelle 4. Die Ziegen sind in dieser Tabelle nicht mit ausgewiesen, da nur drei Ziegen vollständig verworfen wurden.

Bei fast allen Tierarten waren Fäulnisse und ähnliche Zersetzungen die Hauptmängel der geschlachteten Tiere. Aber auch das Vorhandensein von Fleischvergiftungserregern, besonders bei Rindern und Kälbern, oder Geruchs- und Geschmacksabweichungen des Fleisches bei Schweinen und Pferden sowie allgemeine Wassersucht bei Schafen waren in vielen Fällen die Gründe dafür, dass ganze Tiere für die menschliche Ernährung unbrauchbar waren.

Starke Schäden durch Leberegel

Während es verhältnismässig selten ist, dass gleich das ganze Tier für den menschlichen Genuss untauglich ist, kommt es dagegen recht häufig vor, dass einzelne Organe so weit geschädigt sind, dass bei ihrem Genuss Gesundheitsschädigungen zu befürchten sind. In diesen Fällen werden die betreffenden Organe so von den übrigen Tierteilen entfernt, dass jede Schädigung für den Menschen ausgeschaltet wird.

Für den menschlichen Verzehr untaugliche einzelne Organe und Teile von Schlachtieren, die 1954 in Schleswig-Holstein geschlachtet wurden

Tab. 5

Tierart	Insgesamt geschlachtete Tiere	Von diesen Tieren waren für den menschlichen Verzehr untauglich				
		Lungen	Lebern	Därme	Sämtliche Baucheingeweide ¹⁾	Sonstige einzelne Teile und Organe
		in %				
Rinder	145 102	28,4	13,0	2,9	1,4	4,2
Kälber	136 004	2,1	1,1	0,5	0,9	0,7
Schweine	748 762	11,6	1,0	0,5	0,2	1,2
Schafe	40 625	17,6	10,6	0,2	0,3	0,6
Ziegen	1 105	5,0	2,6	0,2	0,2	0,5
Pferde	9 041	3,3	3,3	1,7	1,8	1,8

1) Wenn sämtliche Baucheingeweide entfernt werden mussten, so wurde dies nur in dieser Spalte ausgewiesen. Lebern und Därme sind dann also nicht in den hierfür speziell vorgesehenen Spalten noch einmal enthalten

Von jedem vierten 1954 in Schleswig-Holstein geschlachteten Rind waren die Lunge und von jedem achten die Leber für die menschliche Ernährung nicht zu gebrauchen. Bei den Schafen mussten von jedem sechsten Tier die Lunge und von jedem zehnten die Leber entfernt werden. Auch bei den anderen Tierarten standen Lungen- und Leberschädigungen im Vordergrund, wenn auch – abgesehen von den Schweinen, bei denen Lungenschädigungen weit verbreitet sind – nicht annähernd in dem Umfang wie bei den Rindern und Schafen. Die Schädigungen der übrigen Organe und

Teile treten gegenüber den Lungen- und Leberschäden fast vollkommen zurück.

Alle einzelnen Gründe für die Schädigungen an diesen Organen lassen sich hier nicht für jede Tierart und jedes Organ aufzählen. Teilweise sind auch in den Nachweisungen der Beschauer und Beschautierärzte so starke Zusammenfassungen enthalten, dass die Einzelgründe nicht mehr eindeutig zu erkennen sind. Immerhin treten aber die Hauptgründe noch in aller Deutlichkeit hervor: Tuberkulose, Leberegel und Lungenwürmer.

Tab. 6

Die wichtigsten Gründe für die Genussuntauglichkeit einzelner Organe 1954

Beanstandungsgründe	Für den menschlichen Verzehr untaugliche einzelne Organe von					
	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden
	in % aller untauglichen Einzelorgane je Tierart					
Tuberkulose	57,5	5,3	15,9	0,3	9,7	1,8
Leberegel	19,5	0,8	0,1	31,5	23,7	0,5
Lungenwürmer	1,3	3,0	0,3	52,8	33,3	.
Akute Entzündungen	4,6	42,0	5,8	3,5	7,5	39,4
Andere Erkrankungen und Mängel	17,1	49,0	77,9	11,9	25,8	58,3

Über die Hälfte aller Einzelorgane, die bei den 1954 geschlachteten Rindern entfernt werden mussten – und hier sind es in erster Linie die Lungen – mussten wegen Tuberkulosebefall vernichtet werden. Auch bei den Schweinen steht die Tuberkulose zahlenmässig im Vordergrund. Neben

den Lungen sind in starkem Umfang auch die Leber und Därme befallen. Bei Kälbern und Pferden sind auch akute Entzündungen, besonders Lungenentzündung, verbreitet. Die Lungenschädigungen bei Schafen werden fast ausschliesslich durch Lungenwürmer hervorgerufen. Besonders verbreit-

tet ist bei Rindern, Schafen und Ziegen der Leberegelbefall.

Tab. 7 Durch Leberegelbefall
genussuntaugliche Lebern von Rindern und Schafen
— Inlandschlachtungen 1950 bis 1954 —

Jahr	Durch Leberegelbefall genussuntaugliche Lebern von			
	Rindern		Schafen	
	absolut	in % ¹⁾	absolut	in % ¹⁾
1950	6 561	7,4	3 516	5,2
1951	7 274	6,3	2 035	5,1
1952	8 941	8,5	2 511	6,1
1953	10 637	7,6	2 775	6,4
1954	13 285	9,2	3 757	9,2

1) aller im jeweiligen Jahr im Inland geschlachteten Inlandtiere

Da die Leber eines der wertvollsten inneren Organe ist, werden durch den Leberegel jährlich grosse Schäden verursacht. Besonders verbreitet ist der Leberegel in Gebieten mit nassen Weiden, er tritt in feuchten Jahren stärker als in trockenen auf. Im Jahre 1954, mit dem ausgesprochenen Regensommer, war fast jede zehnte Rinder- und Schafleber wegen Leberegelbefall für die menschliche Ernährung nicht zu verwenden. Die Verhütung dieser Schäden ist stark von den Fortschritten in der Melioration ungenügend entwässerter Grünländereien abhängig.

Mehr Notschlachtungen als im Bundesdurchschnitt

Bei plötzlich eintretenden heftigen Erkrankungen oder bei schweren Unfällen ist es dem Tierhalter meistens nicht mehr möglich, einen Tierarzt herbeizuholen, bevor das Fleisch des Tieres in seinem Wert für die menschliche Ernährung erheblich vermindert oder das Tier sogar verendet ist. In solchen Fällen werden Krank- und Notschlachtungen vorgenommen, ohne dass vorher eine Beschau des noch lebenden Tieres durch einen Fleischbeschauer oder Tierarzt stattgefunden hat²⁾. Solche Notschlachtungen sind besonders in den Marschkreisen, den Hauptschlachtviehüberschussgebieten des Landes, relativ häufig. Durch die besonderen Verhältnisse in diesen Hauptschlachtvieherzeugungsgebieten erklärt es sich, dass der Anteil der Notschlachtungen am Gesamtschlachtviehaufkommen in Schleswig-Holstein teils erheblich höher ist als im übrigen Bundesgebiet.

Tab. 8 Notschlachtungen¹⁾
im Verhältnis zum Gesamtschlachtviehaufkommen²⁾

Tierart	Notschlachtungen in % des Gesamtschlachtviehaufkommens					
	1950	1951	1952	1953	1954	Bund 1953
Rinder	6,8	6,2	5,9	4,2	4,4	3,3
Kälber	3,7	3,4	4,5	4,3	5,1	1,1
Schweine	1,7	1,3	1,1	0,9	0,9	0,6
Schafe	5,6	3,0	4,1	3,7	3,3	1,2
Pferde	19,2	14,5	15,5	14,2	11,5	9,4

1) Schlachtungen, bei denen eine Schlachtviehbeschau vor der Schlachtung nicht stattgefunden hat

2) Schlachtungen von Inlandtieren und übergebietlicher Versand abzüglich übergebietlicher Empfang

In den Marschkreisen selbst wird normalerweise im Verhältnis zu dem dort aufgezogenen Schlachtvieh nur wenig Vieh geschlachtet, weil die Tiere über die Märkte den grossen Schlachtzentren zugeführt werden. Dadurch sind die Anteile der Notschlachtungen relativ hoch. So betragen im Jahre 1954 die Anteile der Rindernotschlachtungen an den insgesamt in den jeweiligen Kreisen durchgeführten Rinderschlachtungen in Südtondern 37 %, in Eiderstedt 32 %, in Norderdithmarschen 27 % und in Süderdithmarschen 19 %. Bei den Kälbern betrug der Anteil in Norderdithmarschen sogar 60 % und in Süderdithmarschen 44 %. Auch die Hälfte der in Norderdithmarschen 1954 geschlachteten Schafe wurde notgeschlachtet. In Südtondern war es ein Drittel. Bei den Pferdeschlachtungen waren die Anteile der Notschlachtungen an den Gesamtschlachtungen in diesen Kreisen sogar noch weit höher, sie erreichten 1954 in Eiderstedt 100 % und in Südtondern 90 %. Dabei sind die Anteile dieser Kreise an den Gesamtschlachtungen im ganzen Land keineswegs gering.

Abgesehen von den regionalen Besonderheiten sind die Lebensdauer und die Nutzungsrichtung der einzelnen Tierarten ausschlaggebend für die Häufigkeit von Notschlachtungen. So ist der Anteil der Notschlachtungen am Gesamtschlachtviehaufkommen bei dem nicht von vornherein als Schlachtvieh bestimmten Nutztvieh, also bei den Kühen und besonders bei den Pferden (vergleiche Tabelle 8) viel höher als beim reinen Schlachtvieh. Einmal ist die Lebensdauer dieser Tiere länger als die des Schlachtviehs, zum anderen sind diese Tiere durch die Beanspruchung zur Milcherzeugung oder als Zugtiere stärkeren Gefahren ausgesetzt. Für die Kühe lässt sich dies zahlenmässig nicht belegen, da die Kühe beim Gesamtschlachtviehaufkommen nicht gesondert ausgewiesen werden und somit nur in der Gesamtzahl der Rinder enthalten sind.

1954 rund 1,6 Millionen DM Schaden

Die durch Parasiten und Krankheiten hervorgerufenen Wertminderungen unseres Schlachtviehs lassen sich nur schwer abschätzen. Neben den hier aufgeführten Schäden gibt es noch Fälle, in denen das Fleisch für die menschliche Ernährung zwar nicht untauglich, aber doch nur bedingt geeignet oder minderwertig ist. Hierüber lassen sich keine Wertangaben machen. Der Leistungsabfall der Tiere bei der Schädigung einzelner Organe und die wirtschaftlichen Verluste durch verkürzte Nutzungsdauer lassen sich zahlenmässig nicht erfassen. Ferner sind einige Krankheiten und Schädigungen wie z. B. durch Dasselfliegen oder Bang'sche Krankheit usw. in der hier wiedergegebenen Aufstellung nicht enthalten.

Wenn man nur die bei der Schlachtvieh- und Fleischbeschau als für die menschliche Ernährung ungeeignet beurteilten Schlachtviehtiere und Schlachtviehterteile bzw. Organe berücksichtigt, so ergibt sich das in Tabelle 9 wiedergegebene Gesamtbild.

Bei einer überschlägigen Berechnung mit groben Richt- und Durchschnittspreisen ergibt sich daraus ein Gesamtschaden von rund 1,6 Millionen DM; davon entfallen allein über 200 000 DM auf durch Leberegelbefall für die menschliche Ernährung ungeeignete Lebern von Rindern und Schafen. Der über die Tierkörperbeseitigungsanstalt erzielte Erlös für die ausgeschiedenen Tiere und Tierteile dürfte dem-

2) Bei den in diesem Abschnitt angegebenen Zahlen handelt es sich um Höchstzahlen, da bei einigen Schlachtungen auch aus anderen, nicht näher bekannten Gründen, die Schlachtviehbeschau unterblieben sein kann.

Für den menschlichen Verzehr untaugliche ganze Schlachttiere und einzelne Organe und Teile von Schlachttieren
Tab. 9 bei den im Jahre 1954 im Inland geschlachteten Tieren

Tierart	Insgesamt geschlachtete Tiere	Von diesen Tieren waren für den menschlichen Verzehr untauglich								
		ganze Tiere	Köpfe (ohne Zungen)	Zungen	Lungen	Lebern	Därme	Sonstige einzelne Organe	Sämtliche Baucheingeweide ¹⁾	Muskel- fleisch, Knochen, Fett und Hauptteile
Rinder	145 102	754	175	167	41 243	18 919	4 253	5 795	2 073	19 994
Kälber	136 004	1 937	52	28	2 917	1 502	708	930	1 204	907
Schweine	748 762	569	151	50	86 584	7 271	4 092	8 551	1 346	10 187
Schafe	40 625	262	21	51	7 138	4 319	94	182	135	694
Ziegen	1 105	3	1	-	55	29	2	4	2	9
Pferde	9 041	74	16	12	297	300	152	139	167	2 743

1) Wenn sämtliche Baucheingeweide entfernt werden mussten, so wurde das nur in dieser Spalte ausgewiesen. Lebern und Därme sind dann also nicht in den hierfür speziell vorgesehenen Spalten noch einmal enthalten

gegenüber nur sehr gering sein.

Die Bundesergebnisse der Schlachtier- und Fleischbeschau, zum Teil gegliedert nach Ländern, werden jährlich

in den Statistischen Berichten des Statistischen Bundesamtes unter der Arbeitsnummer 3 - 21 veröffentlicht.

Dipl.-Landw. D. Mohr

Kurzberichte Die klassifizierten Straßen

Zu Beginn des Rechnungsjahres 1954 besass Schleswig-Holstein rund 6 400 km klassifizierte Straßen. Davon waren gut ein Fünftel Bundesstraßen, zwei Fünftel Landstraßen I. Ordnung und gut ein Drittel Landstraßen II. Ordnung. Innerhalb eines Jahres hat sich die Gesamtlänge dieser Straßen um 166 km oder 2,6 % erhöht. Fast die Hälfte dieser Zunahme kam den Landstraßen I. Ordnung zugute. Sie beruht jedoch nicht nur auf Neuanlagen, sondern auch auf Umklassifizierungen bestehender Straßen.

Mit der Ausdehnung des Strassennetzes ging Hand in Hand eine Verbesserung der Fahrbahnarten. So nahmen die leichten Decken, das sind kiesgebundene und Klinkerdecken, um 3 % ab, und zwar vor allem bei den Landstraßen I. Ordnung. Die Länge der oberflächenbehandelten Decken wuchs um 3 %, wobei besonders die Landstraßen II. Ordnung begünstigt waren. Den grössten Zuwachs, nämlich um 12 %, gab es bei den mittelschweren Decken, die aus Tränk-, Streu- oder Mischmakadam oder Beton unter 6 cm Stärke

Die klassifizierten Straßen in Schleswig-Holstein

Strassenklassen	Gesamt- länge	davon								
		Orts- durch- fahrten der Orte mit 6 000 und mehr Einw.	fremde Strassen- teile (Eisen- bahn, sonstige)	Unterhaltungslänge der Strassenbauämter		davon				
				insges.	darunter	leichte Decken	Ober- flächen- behand- lung	mittel- schwere Decken	schwere Decken	sonst. Decken
					Orts- durch- fahrten der Orte unter 6 000 Einw.					
km										
Bundesautobahn	64,3	-	-	64,3	-	-	-	-	64,3	-
Bundesstraßen	1 366,4	103,7	3,2	1 259,4	195,2	0,2	374,1	428,3	456,5	0,4
Landstraßen										
I. Ordnung	2 788,5	81,6	6,1	2 700,8	489,0	607,1	1 213,7	512,5	366,1	1,3
II. Ordnung	2 203,9	80,7	2,4	2 120,8	381,7	1 241,8	516,2	123,2	235,0	4,8
insgesamt	6 423,0	266,0	11,8	6 145,3	1 065,9	1 849,1	2 103,9	1 064,0	1 121,8	6,5

bestehen. Er kam zum grössten Teil den Landstrassen I. Ordnung zugute. Die schweren Decken, unter denen man solche aus Beton über 6 cm Stärke, altes Kopfsteinpflaster, Gross- und Kleinpflaster und Zementbeton versteht, nahmen um 5 % zu, und zwar fast ausschliesslich bei Bundesstrassen.

Von der Gesamtlänge der klassifizierten Strassen des Bundesgebietes entfallen 4,9 % auf Schleswig-Holstein. Dieser Anteil liegt niedriger bei den Autobahnen und den Landstrassen II. Ordnung, wo er nur 3,0 bzw. 4,3 % erreicht. Dafür liegen im Land 5,5 % der Bundesstrassen und 5,3 % der Landstrassen I. Ordnung. Während im Strassennetz des Bundesgebietes die Bundesstrassen 18,8 % ausmachen, beträgt ihr Anteil in Schleswig-Holstein 21,1 %. Mit diesem Prozentsatz nimmt das Land die 2. Stelle dicht hinter Bayern ein, wenn man von den Stadtstaaten absieht. Am Ende rangiert Baden-Württemberg mit einem Anteil von 15,2 %.

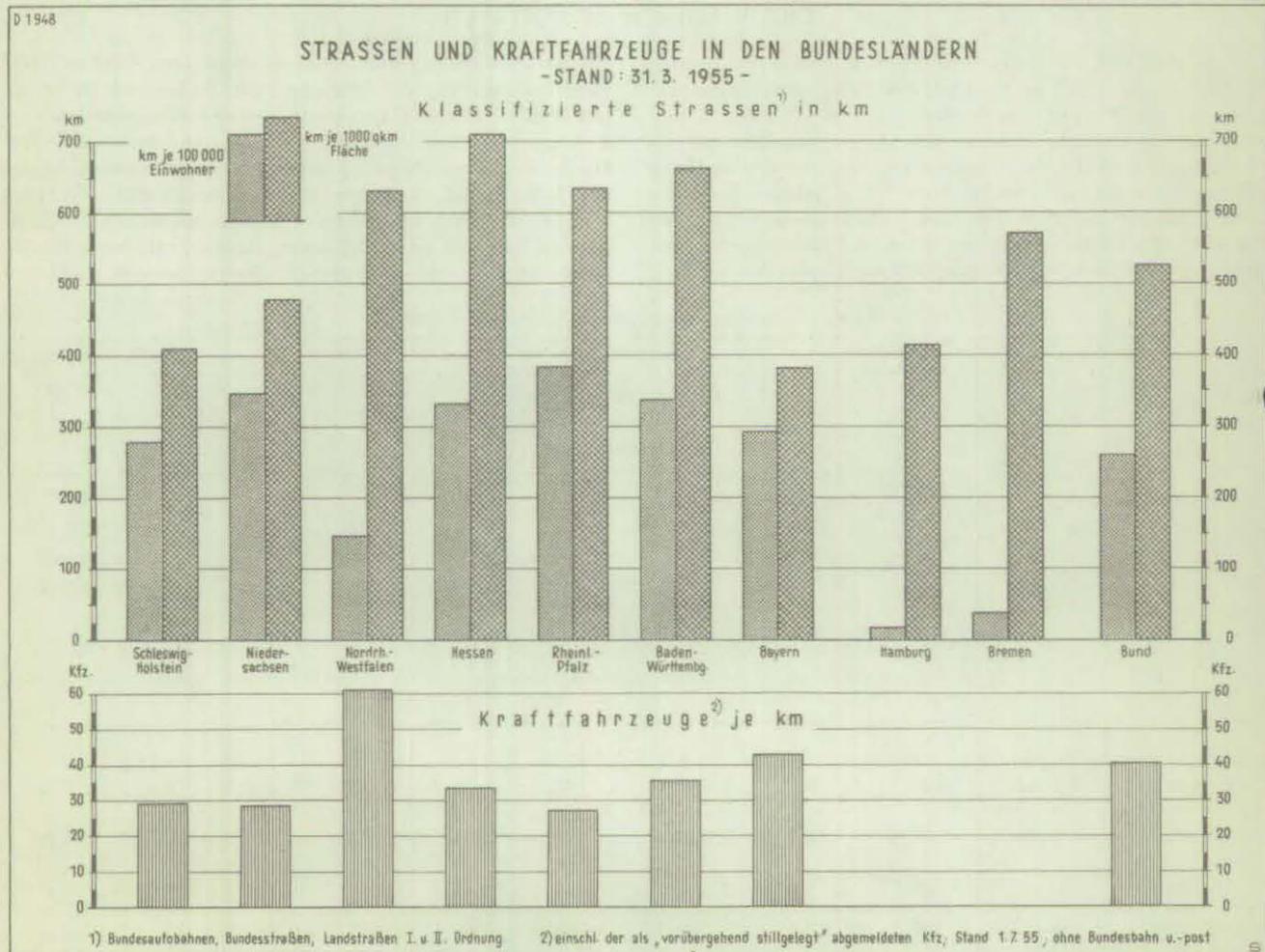
Ein Vergleich der Länder untereinander, der sich nur auf die Anteile an den Strassen stützt, kann nicht befriedigen. Diese hängen nämlich in starkem Masse von den durch die geographische Lage bedingten Fernverbindungen und von der Siedlungsweise ab. Aber auch Bezugswahlen haben immer nur eine beschränkte Aussagefähigkeit, da sich die Besonderheiten der Länder auch in der Bezugsgrösse widerspiegeln. Man muss deshalb schon verschiedene Bezugswahlen nehmen, damit das Bild sich rundet.

Im Bundesgebiet gibt es auf 100 000 Einwohner 260 km klassifizierte Strassen. Die Hansestädte mit ihrem relativ hohen Bevölkerungsstand drücken diese Zahl nach unten, so dass man sie besser herauslässt. Dann ergibt sich für

die übrigen Länder ein Durchschnitt von 271 km. Schleswig-Holstein liegt mit 269 km ziemlich genau im Durchschnitt. Wie die vorhin genannten Anteile der Strassenklassen vermuten lassen, liegt die auf die Einwohnerzahl bezogene Länge bei den Bundesstrassen und den Landstrassen I. Ordnung im Lande über dem Bundesdurchschnitt, bei den beiden anderen Strassenklassen darunter. An der Spitze der Bundesländer steht Rheinland-Pfalz, wo 389 Strassenkilometer auf 100 000 Einwohner entfallen. Am geringsten ist die Länge mit 150 km in Nordrhein-Westfalen, da sich dort die Bevölkerung stark zusammenballt.

Das Bild ändert sich völlig, wenn man die Strassen auf die Fläche bezieht. Im Durchschnitt des Bundesgebietes entfallen auf 1 000 qkm Fläche 522 km Strasse. Dabei sind die Unterschiede der Länder bei den Bundesstrassen verhältnismässig klein. Schleswig-Holstein liegt mit 85 km unter dem Durchschnitt von 98 km. Die grössten Unterschiede zeigen sich bei den Landstrassen II. Ordnung, von denen in Schleswig-Holstein 138 km auf 1 000 qkm Fläche entfallen. Fast genau so gross ist die Zahl in Bayern, das deshalb auch mit 379 km insgesamt die kleinste flächenbezogene Strassenlänge hat. Schleswig-Holstein liegt mit 400 km nur wenig darüber. Hessen dagegen hat je 1 000 qkm Fläche 332 km Landstrasse II. Ordnung. Dies trägt wesentlich dazu bei, dass es mit insgesamt 710 km Strasse je 1 000 qkm Fläche an der Spitze der Länder steht.

Aufschlussreich ist es auch, das Kraftfahrzeug als den Hauptbenutzer zu den Strassen in Beziehung zu setzen. Im Durchschnitt des Bundesgebietes kommen 37 Kraftfahrzeuge auf 1 km Strasse. Die Hälfte davon sind Motorräder. Schleswig-Holstein schneidet hinsichtlich der Strassen-



belastung recht günstig ab, da nur 27 Kraftfahrzeuge auf den Kilometer entfallen. Das ist in erster Linie eine Folge des verhältnismässig niedrigen Kraftfahrzeugbestandes. Rheinland-Pfalz hat je Einwohner wesentlich mehr Fahrzeuge als Schleswig-Holstein. Da aber auch sein Strassen-

netz verzweigter ist, ergibt sich mit 25 Fahrzeugen je km eine noch niedrigere Bezugszahl, mit der es an erster Stelle unter den Ländern steht. Am grössten ist die Strassenbelastung in Nordrhein-Westfalen mit 55 Kraftfahrzeugen je km.

Sb.

Die öffentlichen Straßenverkehrsmittel¹⁾ im Jahre 1954

In den Städten Kiel, Lübeck und Flensburg bildet die Strassenbahn das Rückgrat des öffentlichen Personenverkehrs. Obus und Autobus haben ihnen ihren Rang noch nicht streitig machen können. Als viertes Strassenbahnunternehmen gesellt sich zu den genannten die Sylter Inselbahn, die ein Betrieb eigenen Charakters ist. Die vier Unternehmen befuhren im Dezember 1954 Strecken in einer Gesamtlänge von 116 Kilometer. Mit einem Wagenpark von rund 180 Triebwagen und 140 Anhängern wurden im Laufe des Jahres 13,1 Millionen Wagenkilometer zurückgelegt. Die Benutzung der Bahnen war ziemlich gleichmässig. Zwischen 4,9 und 5,4 Millionen Personen wurden monatlich befördert. Lediglich im Dezember stieg die Zahl auf 6,2 Millionen. Damit fuhr im ganzen Jahr 63,4 Millionen Personen mit der Strassenbahn. Da die mittlere Fahrstrecke etwa 4 Kilometer beträgt, ergibt sich eine Transportleistung von rund 250 Millionen Personenkilometern. Die Grösse dieser Zahl wird einem erst bewusst, wenn man sich überlegt, dass das einer Reise der gesamten Bevölkerung Schleswig-Holsteins von Kiel nach Hamburg entspricht.

Gegenüber der Strassenbahn sind die Leistungen der in Kiel und Flensburg betriebenen Obusverbindungen bescheiden. Mit 18 Obussen und 5 Anhängern wurde eine Streckenlänge von 17 km bedient. Immerhin wurden 1,1 Millionen Wagenkilometer gefahren, bei denen 5,5 Millionen Personen befördert wurden. Genau wie bei der Strassenbahn betrug auch hier die mittlere Fahrstrecke etwa 4 Kilometer.

Während Strassenbahn und Obus dem Ortsverkehr dienen, stellt der Autobus daneben auch noch Verbindungen im Nachbarorts- und Überlandverkehr her. Im Dezember 1954 waren 8 kommunale und gemischtwirtschaftliche und 59 private Unternehmen zum Linienverkehr zugelassen. 23 von ihnen betrieben Ortslinienverkehr auf einem Streckennetz von 390 km. Im Laufe des Jahres wurden hier 31,7 Millionen Personen befördert, die dabei im Durchschnitt 3,2 km weit fuhr. Im Nachbarortsverkehr waren 29 Unternehmen mit 65 Linien tätig, die eine Länge von 1 130 km hatten. Sie wurden von 11,2 Millionen Personen benutzt. Im allgemeinen wird hier weiter als im Ortsverkehr gefahren, nämlich rund 5 Kilometer. Überlandverkehr betrieben 42 Unternehmen mit 145 Linien. Diese waren insgesamt 4 760 km lang, auf ihnen fuhr 14,8 Millionen Personen. Da man annehmen darf, dass sie im Durchschnitt 15 km weit fuhr, liegt im Überlandverkehr die grösste Transportleistung der Autobusunternehmen. Neben den genannten Unternehmern

gruppen betrieben die Post und die Bahn zusammen 105 Linien mit 4 390 km Streckenlänge. Auf ihnen fuhr im Laufe des Jahres 11,1 Millionen Personen.

Die gesamte Streckenlänge aller schleswig-holsteinischen Autobusunternehmen betrug im Dezember 1954 11 000 km, das ist mehr als ein Viertel des Erdumfangs. Auf diesen Linien wurden im Laufe des Jahres 68,9 Millionen Personen befördert, und zwar durch kommunale und gemischtwirtschaftliche Betriebe 28,0, durch private 29,7, durch die Post 9,6 und durch die Bahn 1,6 Millionen. Hierbei wurden über 500 Millionen Personenkilometer geleistet. Im Laufe des Jahres fuhr also jeder Einwohner Schleswig-Holsteins im Durchschnitt weit über 200 km mit einer Autobuslinie. Um diese Leistungen zu ermöglichen, wurden durch die kommunalen Betriebe 7,3 Millionen Wagenkilometer (Motorwagen- und Anhängerkilometer zusammen) gefahren. Die privaten Betriebe brachten es auf 18,8 Millionen Wagenkilometer, die Post leistete 9,3 und die Bahn 2,4 Millionen.

Neben dem Linienverkehr spielt der Gelegenheitsverkehr eine Rolle. Hierzu zählen z. B. Ausflugs- und Gesellschaftsfahrten. Insgesamt nahmen im Laufe des Jahres 2,1 Millionen Personen an solchen Fahrten teil. 1,9 Millionen wurden allein von privaten Unternehmen gefahren, die hierzu 6,9 Millionen Wagenkilometer leisteten. Alle anderen Betriebe fuhr zusammen nur 0,7 Millionen Wagenkilometer im Gelegenheitsverkehr. Im Gegensatz zum Linienverkehr hat der Gelegenheitsverkehr einen ausgesprochenen Höhepunkt im Sommer. Es werden dann rund 300 000 Personen im Monat befördert. Die Fahrten führen oft über weite Strecken, so dass eine durchschnittliche Entfernung von 100 km angenommen werden darf. Damit ergibt sich die beachtliche Leistung von über 200 Millionen Personenkilometern.

Zählt man die Verkehrsleistungen aller öffentlichen Strassenverkehrsmittel zusammen, so kommt man auf rund 1 Milliarde Personenkilometer. Jeder Einwohner des Landes ist also im Laufe des Jahres im Durchschnitt über 400 km mit Bus oder Strassenbahn gefahren. Da hierzu insgesamt 140 Millionen Fahrten nötig waren, fuhr jeder Einwohner rund 60 mal.

Sb.

¹⁾ siehe auch: "Die Leistungen der öffentlichen Strassenverkehrsmittel" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 4. Jg. Heft 7, Juli 1952, S. 252

Die Verbreitung des Rundfunks

Über die Verbreitung des Ton- und Fernseh Rundfunks geben die von der Bundespost erteilten Rundfunkgenehmigungen Aufschluss, deren Anzahl jedes Jahr am 1. April im gesamten Bundesgebiet ermittelt und nach Ländern, Kreisen und Gemeindegrossenklassen aufgliedert wird.

Zum Zeitpunkt der letzten Ermittlung, am 1.4.1955, waren in Schleswig-Holstein 605 000 Genehmigungen für den Tonrundfunk, ausserdem 5 200 Tonrundfunkgenehmigungen für Radiogeräte in Kraftfahrzeugen usw. und 3 100 Genehmigungen für das Fernsehen erteilt. Damit hat die Zahl der

Tab. 1

Rundfunkgenehmigungen und Rundfunkdichte am 1. April 1955 nach Ländern

Länder	Tonrundfunkgenehmigungen (ohne Genehmigungen für Kraftfahrzeuge usw.)				Fernsehrundfunk- genehmigungen	
	insgesamt	je 1 000 Einwohner	je 100 Haus- haltungen	Zunahme der Genehmig. in % 1.4.1955 gegenüber 1.4.1954	insgesamt	je 1 000 Haus- haltungen
Bundesgebiet	12 087 453	243	75	4,1	121 319	7,5
davon						
Schleswig-Holstein	604 863	263	78	1,4	3 145	4,1
Hamburg	539 037	308	76	3,1	6 502	9,2
Niedersachsen	1 579 422	240	77	3,0	8 885	4,3
Bremen	172 595	277	74	4,2	781	3,4
Nordrhein-Westfalen	3 687 842	253	79	4,6	62 210	13,2
Hessen	1 100 330	243	73	3,2	13 009	8,6
Rheinland-Pfalz	684 686	210	68	5,4	8 858	8,8
Baden-Württemberg	1 581 337	226	69	5,0	9 924	4,3
Bayern	2 137 341	233	75	4,3	8 005	2,8

Tonrundfunkgenehmigungen (ohne Kfz. usw.) gegenüber dem Vorjahr um 1,4 % und die für Kfz. usw. um 18,3 % zugenommen. Die Genehmigungen für Fernsehrundfunk haben sich dagegen vervierfacht. Da infolge der Vertriebenenumsiedlung die Einwohnerzahl gleichzeitig weiter zurückging, nahm die Rundfunkdichte noch stärker zu, und zwar beim Tonrundfunk (ohne Kfz.) um 3,5 %. Wie in den letzten Jahren war die Zunahme der Tonrundfunkdichte (ohne Kfz.) auch von 1954 auf 1955 geringer als im Vorjahr. Daraus kann gefolgert werden, dass die Tonrundfunkdichte in Schleswig-Holstein sich bereits der Sättigungsgrenze nähert hat. Eine stärkere Ausdehnung des Tonrundfunks dürfte daher kaum mehr zu erwarten sein, wenngleich ein gewisser Bedarf an Rundfunkgeräten für Kraftfahrzeuge usw. noch offen ist. Demgegenüber besteht für den Fernsehrundfunk noch eine grosse Ausweitungsmöglichkeit, da für dessen Verbreitung erst in neuerer Zeit durch Schaffung günstigerer Empfangsmöglichkeiten ein Anreiz gegeben ist.

Die Tonrundfunkdichte in Schleswig-Holstein liegt mit 263 Genehmigungen je 1 000 Einwohner bzw. 78 je 100 Haushaltungen über dem Bundesdurchschnitt. Sie wird je 1 000 Einwohner lediglich von Hamburg und Bremen und je 100 Haushaltungen nur von Nordrhein-Westfalen übertroffen. Schleswig-Holstein hatte übrigens auch schon vor dem Kriege eine über dem Bundesdurchschnitt liegende Rundfunkdichte.

Die Verbreitung des Ton- und Fernsehrundfunks ist in den Landkreisen unterschiedlich und hat sich zudem gegenüber dem Vorjahr uneinheitlich entwickelt. Im allgemeinen ist die Rundfunkdichte im Landesteil Schleswig niedriger als in Holstein. Abgesehen von den kreisfreien Städten haben nur die an Hamburg grenzenden Landkreise Pinneberg (268), Hzt. Lauenburg (265) und Steinburg (265) eine über dem Landesdurchschnitt (263) liegende Tonrundfunkdichte. Am niedrigsten ist sie mit 218 Genehmigungen je 1 000 Einwohner im Landkreis Südtondern, am höchsten mit 312 in Kiel. Einen Rückgang der Genehmigungen verzeichnen 1954/55 die Landkreise Eutin (-3 %) und Flensburg-Land (-1,3 %), die stärkste Zunahme haben die Städte Flensburg und Lübeck sowie die beiden Dithmarscher Landkreise mit etwas mehr als 5 %. Die Aufgliederung nach Gemeindegrössenklassen ergibt, dass mit abnehmender Grösse der Gemeinden sich deren Rundfunkdichte verrin-

gert. Dieses Gefälle wird nur insoweit unterbrochen, als die nicht sehr zahlreichen mittleren Städte von 20 000 bis 50 000 Einwohnern eine geringere Rundfunkdichte aufwei-

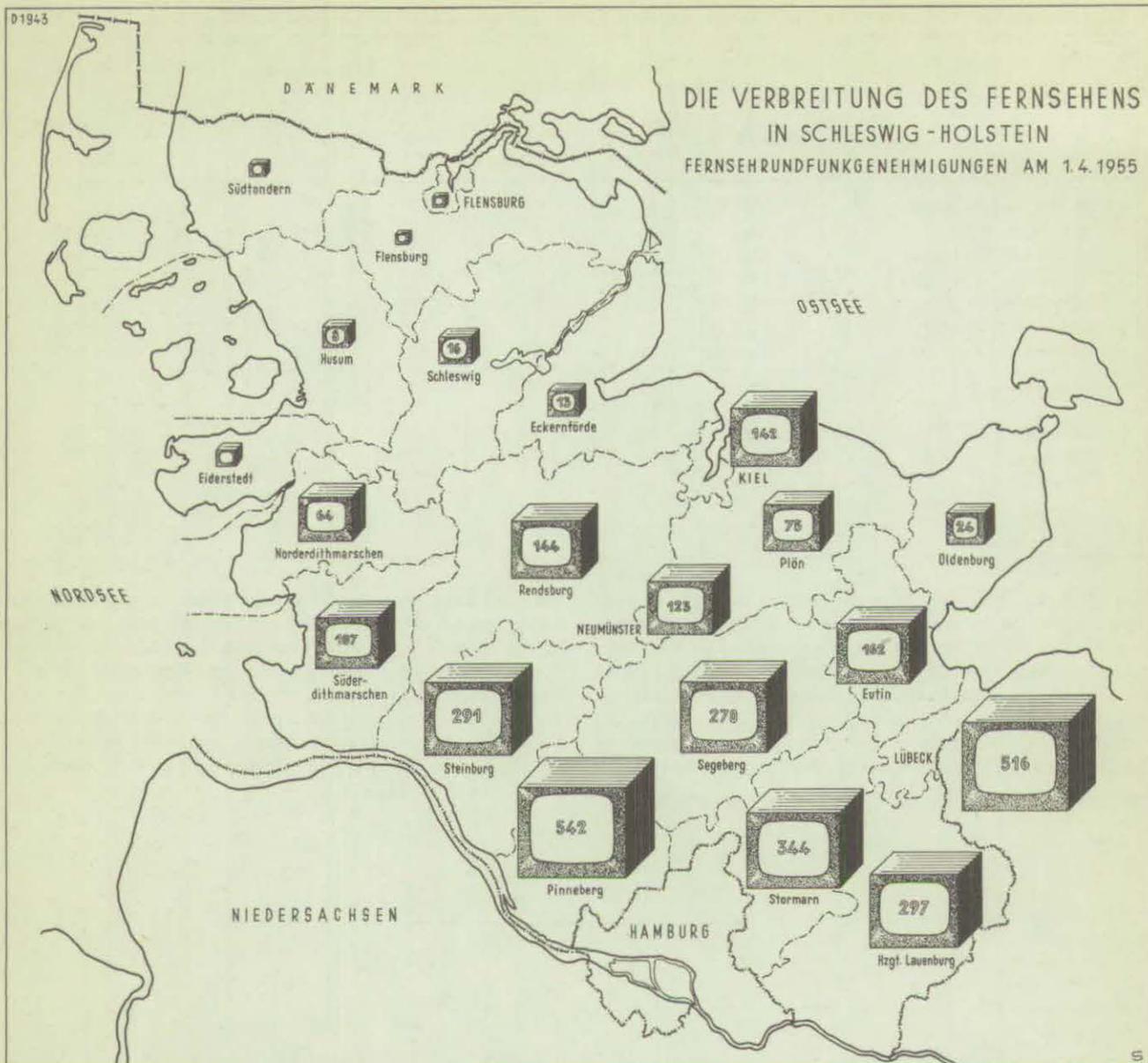
Rundfunkgenehmigungen nach Kreisen

Tab. 2

- Stand: 1.4.1955 -

Kreisfr. Städte u. Landkreise	Tonrundfunk- genehmigungen 1)			Fernsehrundfunk- genehmigungen
	insges. in 1 000	je 1 000 Einw.		
		Stand	Veränderung 1.4.1955 geg. 1.4.1954	
Flensburg	27,0	283	+ 15	1
Kiel	80,4	312	+ 9	142
Lübeck	66,5	289	+ 15	516
Neumünster	21,1	291	+ 10	123
Eckernförde	16,9	240	+ 10	13
Eiderstedt	4,8	228	+ 7	3
Eutin	23,8	261	- 8	162
Flensburg-Land	14,8	232	- 3	1
Hzt. Lauenbg.	35,1	265	+ 4	297
Husum	14,5	223	+ 9	8
Norderdithm.	15,1	240	+ 12	64
Oldenbg./H.	19,8	236	+ 9	24
Pinneberg	51,0	268	+ 7	542
Plön	26,8	245	+ 6	75
Rendsburg	39,0	245	+ 11	144
Schleswig	24,7	236	+ 6	16
Segeberg	23,2	245	+ 6	270
Steinburg	33,9	265	+ 9	291
Stormarn	35,1	261	+ 5	344
Süderdithm.	18,6	239	+ 12	107
Südtondern	12,9	218	+ 4	2
insgesamt	604,9	263	+ 9	3 145

1) ohne Genehmigungen für Kraftfahrzeuge



sen als die Gemeinden der nächst kleineren Grössenklasse. Bemerkenswert ist dabei, dass in diesem Jahr die Rundfunkdichte in den Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern relativ schwächer gestiegen ist als in den grösseren Gemeinden, während es im Vorjahr umgekehrt war.

Die Verbreitung des Fernsehrundfunks hat erst in jüngster Zeit einen stärkeren Aufschwung genommen. Er ist vor allem in den Gebieten anzutreffen, in denen durch die jetzt

vorhandenen Fernsehsender ein einigermaßen günstiger Empfang gewährleistet ist. Es sind dies vor allem die in dem Sendebereich von Hamburg liegenden Landkreise, unter denen Pinneberg und Lübeck mit mehr als 500 Empfangsgeräten die Spitze halten. Es folgen dann die im Kieler Bereich liegenden Landkreise, von denen Eutin mit 162 Fernsehgenehmigungen an erster Stelle steht.

Alt.

Schleswig-Holstein und der Bund

Fürsorgeausgaben in Ländern und Gemeinden¹⁾ im Rechnungsjahr 1953

— Regionale Unterschiede in der Aufgaben- und Lastenverteilung —

Die Monatszeitschrift des Statistischen Bundesamtes, "Wirtschaft und Statistik", bringt in der Septemerausgabe 1955 auf Seite 472 ff. einen Beitrag aus der Finanzstatistik der

öffentlichen Haushalte über "Die Ausgaben des Bundes, der Länder und Gemeinden für das Fürsorgewesen im Rechnungsjahr 1953". Dort kommen auch die Unterschiede zur Sprache, die zwischen den Ländern hinsichtlich der Ausgabenverteilung zwischen Land und Gemeinden bestehen. Sie kommen in der folgenden Tabelle zum Ausdruck:

¹⁾ Ergebnisse der Finanzstatistik

Die unmittelbaren Ausgaben und die Eigenausgaben der Fürsorge nach Land und Gemeinde(verbände)n im Rj. 1953

Gebietskörperschaft	Unmittelbare Ausgaben		Eigenausgaben				zusammen Mio DM
	Mio DM	DM je Einw.	Land		Gemeinden (Gv)		
			Mio DM	%	Mio DM	%	
Schleswig-Holstein	109	46	19	25	57	75	75
Niedersachsen	236	36	41	28	107	72	148
Nordrhein-Westfalen	626	44	150	31	337	69	487
Hessen	155	35	9	8	100	92	109
Rheinland-Pfalz	75	23	11	19	47	81	58
Baden-Württemberg	278	41	41	23	134	77	174
Bayern	322	35	35	16	187	85	222
Zusammen	1 802	39	305	24	969	76	1 274
Hamburg	100	59	-	-	-	-	92
Bremen	31	52	-	-	-	-	26
West-Berlin	300	134	-	-	-	-	199
Bund	7	0	-	-	-	-	607
Zusammen	2 240	44	-	-	-	-	2 197

Bezüglich der absoluten Höhe der Beträge ist zu bemerken, dass die in der Finanzstatistik nachgewiesenen Ausgaben begrifflich beträchtlich über die in der speziellen Fürsorgestatistik nachgewiesenen Leistungen hinausgehen (nicht nur die eigentlichen Fürsorgeleistungen, sondern auch die bei den Anstalten und Heimen der Fürsorge anfallenden sonstigen Aufwendungen gehören dazu) und daher nicht mit den Angaben der Fürsorgestatistik übereinstimmen können.

Den höchsten Anteil an den Lasten gegenüber den Gemein-

den (Gv) trägt das Land Nordrhein-Westfalen mit 31 %; das beruht vornehmlich auf gewissen Sonderleistungen in der Kriegsfolgenhilfe, die das Land über den allgemeinen Rahmen hinaus gewährt. Die stärkste Beteiligung der Gemeinden findet sich in Hessen, wo das Land nur mit 8 % der Eigenausgaben belastet ist. In Schleswig-Holstein ist die Verteilung dem Bundesdurchschnitt sehr ähnlich, der 24 % für die Länder und 76 % für die Gemeinden und Gemeindeverbände ausweist.

Hei.

Zeichenerklärung

Ø	bedeutet Durchschnitt	x	in einer Tabelle: Angaben aus sachlogischen Gründen nicht möglich
p	vorläufige Zahl	-	Zahlenwert genau null
r	berichtigte Zahl	0	mehr als nichts aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
s	geschätzte Zahl	.	Zahlenwert nicht bekannt
		...	Zahlenwert noch nicht bekannt

In Klammern gesetzte Zahlen in Tabellen haben eine eingeschränkte Aussagefähigkeit

Kleine Differenzen bei Additionen erklären sich durch Rundungen; allen Rechnungen liegen die ungekürzten Zahlen zugrunde

Zahlen ohne besondere Quellenangabe sind im Statistischen Landesamt erstellt

TABELLENTEIL

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	Mts.- bzw. Vtj.-* Durchschnitt		1954			1955			
		1950	1954	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
BEVÖLKERUNG										
Bevölkerungsstand										
Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 611	2 325	2 322	2 319	2 315	2 290	2 289	2 287	...
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
absolut	1000	856a)	653	651	648	645	631	629	628	...
in % der Wohnbevölkerung		33,0	28,1	28,0	27,9	27,9	27,5	27,5	27,5	...
Zugewanderte ²⁾										
absolut	1000	135a)	132	132	132	132	132	133	133	...
in % der Wohnbevölkerung		5,2	5,7	5,7	5,7	5,7	5,8	5,8	5,8	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ³⁾										
absolut		2 078	1 423	1 685	2 156	1 140	1 213	1 745	2 567	...
je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,6	7,3	8,5	10,9	6,0	6,4	9,0	13,2	...
Lebendgeborene ⁴⁾										
absolut		3 447	2 721	2 783	2 646	2 680	2 769	2 620	2 658	...
je 1000 Einw. und 1 Jahr		15,8	14,0	14,1	13,4	14,1	14,7	13,5	13,7	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)										
absolut		2 059	2 101	1 724	1 701	1 751	1 993	1 914	1 819	...
je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,5	10,8	8,7	8,6	9,2	10,6	9,8	9,4	...
Mehr(+) oder weniger(-) geboren als gestorben										
absolut		+ 1 388	+ 620	+ 1 059	+ 945	+ 929	+ 776	+ 706	+ 839	...
je 1000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 3,2	+ 5,4	+ 4,8	+ 4,9	+ 4,1	+ 3,6	+ 4,3	...
Wanderungen										
Zuzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		2 173	1 536	1 543	1 616	1 484	1 363	1 373	1 442	...
Zugewanderte		.	843	861	940	894	907	837	982	...
Fortzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		9 662	4 215	4 503	4 766	4 771	2 909	3 174	3 342	...
Zugewanderte		.	914	875	1 044	1 037	644	725	759	...
Wanderungsgewinn(+) bzw.-verlust(-)										
darunter										
Vertriebene		- 7 489	- 2 679	- 2 960	- 3 150	- 3 287	- 1 546	- 1 801	- 1 900	...
Zugewanderte		.	- 71	- 14	- 104	- 143	+ 263	+ 112	+ 223	...
Umszüge innerhalb des Landes ⁶⁾										
darunter										
Vertriebene		4 786	3 485	3 254	3 104	3 082	2 724	2 619	2 340	...
Zugewanderte		.	617	581	579	507	454	528	478	...
Wanderungsfälle ⁶⁾										
insgesamt										
absolut		31 221	24 170	22 504	23 198	23 596	20 457	19 905	19 805	...
je 1000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾		200	183	160	163	172	156	145	142	...
darunter										
Umsiedler		6 329b)	3 513	3 133	5 247	3 698	2 908	1 774	3 525	1 906
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	2 435	2 091	3 968	2 505	2 448	1 128	2 577	1 044
Baden-Württemberg		2 602	514	670	682	496	105	144	381	123
Rheinland-Pfalz		2 928	80	80	96	36	57	21	107	58
Hessen		238	60	57	84	36	22	10	38	40
Hamburg		41	405	226	400	616	253	471	418	637
Bremen		9	19	9	17	9	23	-	4	4
ARBEITSLAGE										
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624*	8 653*	.	.	683	.	.	.	716
davon										
Männer	1000	429*	8 446*	.	.	468	.	.	.	489
Frauen	1000	194*	8 207*	.	.	215	.	.	.	226
Arbeitslose	1000	210	104	82	78	75	70	62	55	57
darunter										
Männer	1000	146	70	51	49	45	38	34	29	30
Vertriebene	1000	119c)	43	34	33	31	28	24	21	22
Dauerarbeitslose ⁹⁾	1000	.	.	.	35	.	.	.	26	.
Arbeitslose je 100 Arbeitnehmer		25,2	13,7	10,7	10,3	9,9	9,3	8,2	7,3	7,4
LANDWIRTSCHAFT										
Bestand an Schweinen	1000 St	942d)	985e)	.	.	1 187	1 104	.	.	1 201
darunter										
Zuchtsauen	1000 St	104d)	116e)	.	.	119	122	.	.	117

1) Vertriebene sind Personen, die am 1. September 1939 in den (zur Zeit) unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten (Gebietsstand vom 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 2) Zugewanderte sind Personen, die am 1. September 1939 in Berlin, der sowjetischen Besatzungszone oder im Saargebiet gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umszüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte 9) über 52 Wochen in der Alfa Unterstützte
a) am 13.9.1950 (VZ) b) ohne Anrechnungsfälle c) Vertriebene und Zugewanderte d) September 1950 e) Juni 1954

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	Mts.- bzw. Vtj.-* Durchschnitt		1954			1955			
		1950	1954	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
noch: LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen von Inlandtieren										
Rinder (ohne Kälber)	Stück	7 429	12 092	10 811	11 861	15 073	8 578	8 961	12 499	13 147
Schweine	Stück	45 169	62 397	41 348	47 052	46 096	55 887	52 596	60 083	57 848
darunter										
Hausschlachtungen	Stück	35 150f)	31 541g)	543	610	994	915	688	740	1 069
Fleischanfall ¹⁰⁾ aus gewerblichen										
Schlachtungen von Inlandtieren	t	4 999	7 733	6 847	7 468	8 258	7 306	6 917	8 734	8 569
darunter										
Rindfleisch (ohne Kalbfleisch)	t	1 609	2 685	2 392	2 475	3 304	1 817	1 882	2 774	2 812
Schweinefleisch	t	2 643	4 380	3 958	4 458	4 375	5 003	4 672	5 519	5 281
Milcherzeugung (Kuhmilch)										
insgesamt	1000 t	130	137	169	148	114	188	171	144	105
je Kuh und Tag	kg	9,9	10,0	12,1	10,6	8,4	13,9	12,7	10,7	8,0
INDUSTRIE¹¹⁾										
Beschäftigte	1000	109	136	138	141	143	147	150	154	154
darunter										
weibliche Beschäftigte	1000	31	40	40	42	44	42	44	46	47
Arbeiter und Arbeiterinnen ¹²⁾	1000	91	114	116	119	121	123	126	130	130
Geleistete Arbeitsstunden ¹³⁾	Mio	18,1	22,6	22,3	23,1	24,2	24,2	23,7	25,5	26,5
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	35,3	36,3	36,1	37,2	40,8	40,8	42,6	43,6
Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,6	9,8	9,5	9,6	9,8	10,9	11,1	11,0	11,2
Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹⁴⁾	81	78	75	74	77	77	75	75	75
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	8 468	8 482	8 882	8 248	8 973	10 807	9 925	10 616
Heizölverbrauch	1000 t	.	13	13	14	15	21	21	21	22
Stromverbrauch	Mio kWh	30	51	51	52	53	58	58	60	60
Industrieumsatz ¹⁵⁾	Mio DM	201	312	344	348	337	371	341	372	381
darunter										
Auslandsumsatz	Mio DM	10	46	54	45	48	51	60	48	44
Index der industriellen Produktion										
Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau)	1936=100	108	151	146	158	158	174	161	r 176	177
darunter										
Erdölgewinnung und Mineralölverarbeitung		315	840	879	875	736	1 062	1 033	1 039	1 082
Industrie d. Steine und Erden		119	164	201	198	210	255	251	241	255
Eisenschaffende Industrie		100	125	103	125	131	148	113	r 136	139
NE-Metalle		70	108	92	108	106	128	115	115	115
Sägewerke und Holzbearbeitg.		79	58	63	59	55	77	71	68	71
Papier- und Papperzeugung		122	282	278	291	280	340	341	r 337	350
Gummiverarbeitung		104	135	183	171	115	156	158	182	186
Schiffbau		54	98	91	96	101	109	102	r 103	110
Maschinenbau		109	177	165	170	173	215	194	r 192	200
Fahrzeugbau		158	185	224	169	103	222	190	131	128
Elektroindustrie		436	728	635	823	823	816	746	916	978
Feinmechanische und optische Industrie		88	204	179	196	217	242	211	r 231	258
Eisen-, Blech- u. Metallwaren		107	146	149	144	158	172	140	r 155	157
Ledererzeugende Industrie		52	45	42	46	50	46	46	48	55
Schuhindustrie		443	716	393	701	787	846	507	661	799
Textilindustrie		126	122	110	144	153	126	121	r 147	148
Bekleidungsindustrie		366	463	290	532	563	391	415	r 583	571
Fleischwarenindustrie		49	86	85	83	92	96	96	102	102
Fischverarbeitende Industrie		56	93	66	120	141	60	77	111	134
Milchverwertung		140	161	218	178	122	273	190	140	104
Tabakverarbeitende Industrie		4 440	4 061	3 806	4 011	4 148	5 554	5 420	5 719	6 579
ENERGIEVERSORGUNG										
Stromerzeugung der öffentlichen										
Kraftwerke ¹⁶⁾	Mio kWh	61	89	78	89	94	78	82	78	86
Stromverbrauch ¹⁷⁾	Mio kWh	70	100	91	98	103	97	97	104	109
Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke ¹⁸⁾	Mio Nm ³	11	15	14	15	14	14	14	16	16
BAUHAUPTGEWERBE¹⁹⁾										
Beschäftigte	1000	23,2	32,3	39,7	39,4	40,4	44,5	44,6	44,6	45,9
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,9	11,1	13,9	13,9	14,4	17,2	17,6	18,4	17,8
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std	4,2	5,8	7,4	7,5	7,7	8,4	8,5	8,9	8,4
darunter										
für Wohnbauten	Mio Std	1,9	2,2	2,7	2,7	2,8	3,1	3,0	3,3	3,2
Baugewerblicher Umsatz	Mio DM	14,9	28,5	36,1	36,7	37,6	39,2	45,0	49,9	52,0

10) Gesamtschlachtgewicht einschl. Schlachtfette aller nach den Meldungen der Schlachtier- und Fleischschau zu gewerblicher Schlachtung angelieferten Tiere; ohne Ziegen 11) nach den Ergebnissen der monatl. Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 12) einschl. Lehrlinge 13) einschl. Lehrlingsstunden 14) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlensoks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts oder ballastreiche Steinkohle = 3 t Rohbraunkohle 15) einschl. Verbrauchsteuern 16) ohne Eigenverbrauch 17) einschl. Verluste 18) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 19) nach den Ergebnissen der monatlichen Bauberichterstattung (Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten)
f) Durchschnitt Oktober - Dezember 1950 und Januar - März 1951 g) Durchschnitt Oktober - Dezember 1954 und Januar - März 1955

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	Mts.- bzw. Vtj.-* Durchschnitt		1954			1955			
		1950	1954	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
		WOHNUNGSWESEN UND BAUTÄTIGKEIT								
Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben										
Wohngebäude (ganze)		726	874	992	1 541	1 067	1 240	1 175	1 038	1 154
Nichtwohngebäude (ganze)		347	355	404	403	411	462	375	350	393
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mio DM	22,2	30,5	34,0	45,2	32,3	43,2	53,2	39,6	45,6
darunter für Wohngebäude	Mio DM	16,9	21,8	26,7	36,3	24,4	35,5	44,8	30,3	36,1
Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden	1000 cbm	757	744	896	1 072	818	1 055	1 140	871	1 006
darunter in Wohngebäuden	1000 cbm	536	497	621	806	581	761	912	623	738
Wohnungen (Normal- u. Notwohnungen)		2 306	1 735	2 241	2 796	1 923	2 626	3 284	2 178	2 460
darunter in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 622	2 027	2 568	1 694	2 405	3 047	1 946	2 256
Baufertigstellungen										
Wohnungen 20)		1 478	1 661	1 220	1 932	1 871	1 035	1 234	1 216	1 570
Wohnräume 21)		4 926	5 823	4 354	6 501	6 618	3 628	4 701	4 471	5 733
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze	1950=100	100	120	126	113	112	118	131	126	121
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		100	113	121	114	111	116	125	126	118
Bekleidung, Wäsche, Schuhe		100	110	111	84	89	97	120	85	88
Hausrat und Wohnbedarf		100	135	134	130	133	125	130	137	144
Ausfuhr	Mio DM	7,2	42,5	35,2	56,9	40,6	52,8	69,8	35,1	41,2
davon										
Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	2,8	2,2	2,8	2,2	3,6	5,0	3,9	2,9
Gewerbliche Wirtschaft	Mio DM	6,5	39,6	32,9	54,1	38,4	49,1	64,8	31,2	38,3
davon										
Rohstoffe	Mio DM	0,2	1,1	1,2	1,2	1,1	1,3	1,6	1,4	1,6
Halbwaren	Mio DM	2,3	4,0	3,1	5,2	4,4	6,3	4,9	4,4	3,9
Fertigwaren	Mio DM	4,0	34,5	28,6	47,7	32,9	41,5	58,3	25,4	32,8
davon										
Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,2	2,0	2,4	1,8	1,7	1,9	2,0	3,3
Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	32,4	26,6	45,3	31,1	39,8	56,4	23,4	29,5
VERKEHR										
Seeschifffahrt										
angekommene Güter	1000 t	141	244	286	251	279	357	417	495	435
abgegangene Güter	1000 t	86	122	98	137	169	119	108	98	96
Binnenschifffahrt										
angekommene Güter	1000 t	.	85	100	108	108	108	108	111	119
abgegangene Güter	1000 t	.	147	192	181	200	219	225	225	202
Nord-Ostsee-Kanal										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	4 724	6 354	5 880	5 390	5 766	7 023	6 551	6 176
darunter										
deutsche	%	64,0	62,1	63,6	64,0	64,5	64,8	62,8	62,7	62,1
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 145	2 470	2 366	2 244	2 552	2 858	2 913	2 881
darunter deutscher Anteil	%	23,3	27,3	28,4	29,5	30,1	30,1	29,7	29,1	30,6
Güterverkehr										
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 284	3 821	3 831	3 444	3 881	4 343	4 379	4 445
darunter										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	29,6	30,1	33,1	32,9	32,9	32,7	32,3	32,6
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 660	1 770	1 643	1 661	1 928	2 000	1 901	1 875
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 624	2 051	2 188	1 784	1 953	2 343	2 478	2 570
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		1 244	2 407	2 950	2 241	2 556	2 867	2 792	2 498	2 484
darunter										
Krafträder		449	822	1 122	711	627	945	952	690	474
Personenkraftwagen		398	939	982	825	1 073	1 274	1 150	1 044	1 255
Lastkraftwagen		247	227	279	173	268	241	265	284	273
Straßenverkehrsunfälle 22)										
insgesamt		826	1 494	1 818	1 914	1 733	1 675	2 264	2 379	2 057
davon										
nur mit Personenschaden		417	734	147	174	146	135	165	162	155
mit Personen- u. Sachschaden		409	761	875	881	820	761	973	1 069	986
nur mit Sachschaden		409	761	875	881	820	761	973	1 069	986
Getötete Personen 23)		17	30	27	33	36	40	41	44	42
Verletzte Personen 23)		493	897	1 224	1 303	1 098	1 113	1 603	1 700	1 290
Fremdenverkehr 24)										
Fremdenneumeldungen	1000	61h)	103h)	178	160	73	111	226	200	90
darunter										
Ausländer	1000	3h)	17h)	35	24	10	21	46	32	15
Fremdenübernachtungen	1000	377h)	674h)	1 430	1 385	366	563	1 606	1 684	458
darunter										
Ausländer	1000	8h)	40h)	92	70	20	40	108	78	28

20) 1950: Normal- und Notbau; 1954 - 1955: Normalbau 21) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 22) Monatsangaben 1955 = vorläufige Zahlen 23) ab 1953 werden im Gegensatz zu den Vorjahren auch die nach dem Unfall innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen Verstorbenen zu den Verkehrstoten gezählt 24) 1955 = vorläufige Zahlen
h) Durchschnitt Sommerhalbjahr

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	Mts.- bzw. Vtj.-* Durchschnitt		1954			1955			
		1950	1954	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
GELD UND KREDIT										
Geschäftsbanken										
Kredite an Nichtbankenkundschaft ²⁵⁾	Mio DM	565	1 559	1 605	1 609	1 636	2 009	2 042	2 082	...
davon										
Kurzfristige Kredite	Mio DM	405	698	725	711	710	844	854	847	...
darunter										
an Wirtschaft und Private	Mio DM	389	687	711	699	700	838	849	842	...
Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	161	861	880	898	926	1 165	1 188	1 234	...
darunter										
an Wirtschaft und Private	Mio DM	144	756	775	790	814	1 015	1 028	1 067	...
Einlagen der Nichtbankenkundschaft ²⁵⁾	Mio DM	397	997	995	1 024	1 035	1 133	1 160	1 206	...
darunter										
Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	216	396	393	403	410	443	471	502	...
Sparverkehr bei den Kreditinstituten										
Einlagenbestand am Monatsanfang	Mio DM	x	x	443	450	459	557	562	566	...
Gutschriften	Mio DM	9	37	29	29	34	28	32	31	...
Lastschriften	Mio DM	7	23	22	20	27	23	28	20	...
Einlagenbestand am Monatsende	Mio DM	x	x	450	459	465	562	566	577	...
darunter										
bei Sparkassen	Mio DM	x	x	315	321	323	383	385	392	...
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)										
		23	20	12	13	14	17	20	13	16
Vergleichsverfahren (eröffnete)										
		8	4	2	8	1	2	1	3	3
Wechselproteste										
Anzahl		682	1 239	1 430	1 289	1 177	1 478	1 453	1 318	...
Wert	1000 DM	517	620	658	651	591	754	718	578	...
ÖFFENTLICHE SOZIALLEISTUNGEN										
Soziale Krankenversicherung ²⁶⁾										
Mitglieder der allgem. KV	1000	r 675	550	560	558	551	544	545	546	541
darunter										
Versicherungspflichtige	1000	r 589	474	485	482	476	469	471	471	466
Versicherte der KV der Rentner	1000	220	309	311	305	305	299	301	302	301
Krankenstand der Vers.-pflichtigen	%	2,54	2,69	2,34	2,43	2,54	2,40	2,54	2,71	2,96
der Vers.-berechtigten	%	1,32	0,96	0,93	0,90	0,90	0,88	0,93	0,92	0,90
Soziale Rentenversicherung ²⁷⁾										
Rentenempfänger	1000	203	297	295	295	295	291	290	290	290
davon										
Invalidenversicherung	1000	151	222	221	221	221	216	215	215	215
Angestelltenversicherung	1000	52	75	74	74	74	75	75	75	75
Ausgezahlte Renten	Mio DM	11,3	19,7	19,5	19,6	19,6	21,9	21,9	22,0	22,0
davon										
Invalidenversicherung	Mio DM	7,7	13,5	13,4	13,4	13,4	14,8	14,7	14,8	14,8
Angestelltenversicherung	Mio DM	3,5	6,2	6,2	6,2	6,2	7,2	7,2	7,2	7,3
Arbeitslosenhilfe										
Arbeitslosenversicherung										
Hauptunterstützungsempfänger	1000	45	31	18	17	16	16	14	12	12
Ausgezahlte Unterstützungen ²⁸⁾	Mio DM	4,31j)	5,11j)	2,9	2,6	2,4	2,6	2,2	2,0	1,8
Arbeitslosenfürsorge										
Hauptunterstützungsempfänger	1000	146	63	56	52	50	44	40	37	35
Ausgezahlte Unterstützungen ²⁸⁾	Mio DM	12,31i)	7,31i)	7,4	6,6	6,1	5,5	4,9	4,4	3,9
Öffentliche Fürsorge										
Laufend unterstützte Personen in der offenen Fürsorge										
absolut	1000	94k)	72k)	.	.	71m)	63n)	.	.	.
je 1000 Einwohner		36,1k)	31,1k)	.	.	30,5m)	27,6n)	.	.	.
Gesamtaufwand ²⁹⁾										
absolut	Mio DM	15,5*	19,3*	.	.	17,0p)	13,8q)	.	.	.
darunter für										
lfd. Unterstützung der offenen Fürsorge	Mio DM	7,4*	8,0*	.	.	7,6p)	6,7q)	.	.	.
einmalige Unterstützung der offenen Fürsorge	Mio DM	4,1*	3,2*	.	.	1,6p)	1,1q)	.	.	.
geschlossene Fürsorge	Mio DM	3,9*	7,1*	.	.	7,0p)	5,3q)	.	.	.
je Einwohner	DM	6,02*	8,33*	.	.	7,33p)	6,01q)	.	.	.
Kriegsopferversorgung										
Versorgungsberechtigte (nach dem BVG)	1000	207	r 219	218	218	215	208	208	208	207
darunter										
Hinterbliebene	1000	136	163	161	161	160	154	154	154	153
Ausgezahlte Renten	Mio DM	8,9	10,7	10,7	10,5	10,6	11,2	11,3	11,4	11,6

25) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 26) Pflichtkrankenkassen ohne Postbetriebskrankenkassen
 27) nach den Angaben der Oberpostdirektion Hamburg 28) einschl. Krankenversicherungsbeiträge für die Unterstützten
 29) einschl. Sonderleistungen
 i) Monatsdurchschnitt bezogen auf Rechnungsjahr j) einschl. Kurzarbeiterunterstützung k) aus 5 Stichtagen
 m) Stand: 30. 9. 1954 n) Stand: 30. 6. 1955 p) 2. Rechnungsquartaljahr 1954 q) 1. Rechnungsquartaljahr 1955

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	Mts.- bzw. Vtj.-* Durchschnitt		1954			1955			
		1950	1954	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
STEUERN³⁰⁾										
Bundessteuern	Mio DM	44,7	53,7	54,4	53,1	52,1	56,3	66,5	63,6	64,9
darunter										
Umsatzsteuer einschl. Umsatz- ausgleichsteuer	Mio DM	14,6	23,9	25,2	24,1	20,7	23,0	28,8	24,9	26,0
Zölle und Verbrauchsteuern darunter	Mio DM	28,9	26,8	26,4	26,9	27,3	28,8	34,6	35,9	34,1
Zölle	Mio DM	1,4	4,6	3,9	3,5	4,7	4,3	5,2	4,4	5,1
Tabaksteuer	Mio DM	22,3	14,3	15,2	15,6	13,7	16,1	18,6	19,6	18,4
Notopfer Berlin ³¹⁾	Mio DM	1,0	2,4	2,0	1,4	3,4	3,7	2,3	1,8	4,0
Landesteuern	Mio DM	14,3	30,5	27,1	19,1	41,5	38,8	23,8	20,5	42,4
darunter										
Lohnsteuer	Mio DM	3,5	9,0	8,6	8,8	9,0	7,6	10,6	10,4	10,6
Veranlagte Einkommensteuer	Mio DM	6,3	12,4	10,2	4,4	20,3	21,0	6,6	2,9	19,9
Körperschaftsteuer	Mio DM	1,8	4,5	3,5	0,8	8,6	4,9	0,6	1,1	6,6
Vermögensteuer	Mio DM	0,3	0,9	0,5	1,4	0,3	1,0	0,8	2,2	0,8
Kraftfahrzeugsteuer	Mio DM	1,2	1,9	2,0	1,7	1,8	2,4	2,4	2,4	2,4
Gemeindesteuern	Mio DM	29,8*	45,5*	.	44,6x)	.	.	.	45,3x)	.
darunter										
Grundsteuer A	Mio DM	6,2*	6,5*	.	6,6x)	.	.	.	6,7x)	.
Grundsteuer B	Mio DM	9,3*	10,7*	.	10,7x)	.	.	.	10,9x)	.
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	Mio DM	9,1*	21,0	.	19,6x)	.	.	.	20,1x)	.
Gewerbesteuer nach Lohnsumme	Mio DM	1,8*	2,9*	.	2,9x)	.	.	.	3,0x)	.
ASTENAUSGLEICHSABGABEN										
	Mio DM	5,6	7,5	7,7	9,0	3,0	4,3	4,0	11,0	3,7
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	103	103	103	102	103	102	103	p 103
Grundstoffpreise	1938=100	207	252	254	r 252	253	262	266	266	p 265
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1950=100	100	116	116	116	116	119	119	119	119
landwirtschaftl. Produkte	1949/50									
= 100		100	108	114	111	109	114	118	p 114	p 112
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	229	.	r 229	.	.	.	250	.
Verbraucherpreise der sächlichen Betriebsmittel der Landwirtschaft	1938=100	162	208	.	207	.	.	.	214	.
Einzelhandelspreise	1950=100	100	104	104	104	104	105	106	105	104
Preisindex für d. Lebenshaltung ³²⁾	1950=100	100	108	108	108	108	109	111	110	110
darunter										
Ernährung	1950=100	100	114	114	113	114	115	117	115	115
Wohnung	1950=100	100	107	107	107	107	108	108	108	108
Heizung und Beleuchtung	1950=100	100	127	128	128	129	130	130	130	130
Bekleidung	1950=100	100	97	97	96	97	97	97	97	97
Hausrat	1950=100	100	102	102	101	102	103	103	103	103
LÖHNE DER INDUSTRIEARBEITER³³⁾										
Ø Bruttostundenverdienste										
Alle Arbeiter	DM	1,19*	1,62*	.	1,64	.	.	.	1,77	.
darunter										
Männliche Facharbeiter	DM	1,40*	1,90*	.	1,91	.	.	.	2,04	.
Männliche angelernte Arbeiter	DM	1,27*	1,71*	.	1,71	.	.	.	1,82	.
Männliche Hilfsarbeiter	DM	1,13*	1,54*	.	1,57	.	.	.	1,74	.
Hilfsarbeiterinnen	DM	0,77*	1,02*	.	1,02	.	.	.	1,11	.
Ø Bruttowochenverdienste										
Alle Arbeiter	DM	57,68*	80,78*	.	82,34	.	.	.	88,39	.
darunter										
Männliche Facharbeiter	DM	68,90*	96,98*	.	98,27	.	.	.	104,59	.
Männliche angelernte Arbeiter	DM	62,88*	87,35*	.	87,92	.	.	.	93,40	.
Männliche Hilfsarbeiter	DM	54,74*	76,12*	.	78,41	.	.	.	86,52	.
Hilfsarbeiterinnen	DM	35,90*	48,86*	.	48,80	.	.	.	52,81	.
Ø Wochenarbeitszeit										
Alle Arbeiter	Std	48,4*	50,0*	.	50,4	.	.	.	50,1	.
davon										
Männer	Std	49,2*	50,8*	.	51,2	.	.	.	50,8	.
Frauen	Std	45,9*	47,4*	.	47,3	.	.	.	47,0	.

30) Rechnungsjahr 31) ohne Abgabe auf Postsendungen 32) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbraucher-
gruppe mit monatlich rd. 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltungseinnahmen 33) Effektivverdienste
r) 1. 7. bis 30. 9.

b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954
WOHNBEVÖLKERUNG	JD	1 000	2 611	2 521	2 458	2 385	2 325
darunter							
Vertriebene ²⁾							
absolut	JD	1 000	912	839	754	699	653
in % der Wohnbevölkerung			34,9	33,3	30,7	29,3	28,1
Zugewanderte ³⁾							
absolut	JD	1 000	104	101	131	131	132
in % der Wohnbevölkerung			4,0	4,0	5,3	5,5	5,7
SCHÜLER AN DEN ALLGEMEINBILDENDEN SCHULEN⁴⁾⁵⁾							
absolut	1.5.	1 000	467	436	407	384	359
je 1 000 Einwohner			177	172	165	160	154
BESCHÄFTIGTE ARBEITNEHMER	30.9.	1 000	650	633	653	667	683
darunter in den Wirtschaftsbereichen							
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1 000	104	97	95	92	88
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1 000	260	249	264	279	294
Handel und Verkehr	30.9.	1 000	121	123	130	134	140
ARBEITSLÖSE							
insgesamt							
absolut	30.9.	1 000	178	157	119	90	75
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9
darunter							
Dauerarbeitslose ⁶⁾	30.9.	1 000	58	72	58	44	35a)
INDUSTRIE⁷⁾							
Beschäftigte							
absolut	JD	1 000	109	115	119	126	136
je 1 000 Einwohner			41,7	45,7	48,2	52,7	58,4
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mio DM	245	301	334	378	424
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mio DM	68	80	92	103	117
Industrieumsatz ⁸⁾	JS	Mio DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747
darunter							
Auslandsumsatz	JS	Mio DM	115	258	322	363	551
Index der industriellen Produktion	JD	1936=100	108	123	127	136	151
je Einwohner berechnet	JD	1936=100	60	71	75	84	95
BAUFERTIGSTELLUNGEN⁹⁾							
Wohnungen							
absolut	JS	1 000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1
Wohnräume ¹⁰⁾							
absolut	JS	1 000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3
EINZELHANDELSUMSÄTZE INSGESAMT		1950=100	100	107	110	117	120
AUSFUHR							
absolut	JS	Mio DM	87	233	314	375	510
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3
KRAFTFAHRZEUGBESTAND							
Kraftfahrzeuge insgesamt	1.7.	1 000	66b)	88b)	112	139	167
darunter							
Krafträder	1.7.	1 000	22b)	31b)	41	52	63
Pkw	1.7.	1 000	20b)	27b)	34	42	54
Lkw	1.7.	1 000	16b)	19b)	23	26	28
SPAREINLAGEN							
absolut	31.12.	Mio DM	131	154	223	337	507
je Einwohner		DM	51	62	92	144	220
STEUERN							
Bundessteuern	Rj.						
insgesamt	(JS)						
absolut	"	Mio DM	536	617	682	647	645
je Einwohner	"	DM	210	248	277	271	277
darunter							
Umsatzsteuer ¹¹⁾	"	Mio DM	175	235	260	272	286
Landesteuern	"	Mio DM	171	251	329	345	366
absolut	"	DM	67	101	134	145	158
je Einwohner							
Gemeindesteuern	"	Mio DM	119	140	158	170	182
insgesamt	"	DM	47	56	64	71	78
absolut							
je Einwohner							
darunter							
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme	"	Mio DM	43	59	76	85	96

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), Rj = Rechnungsjahr 2) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen A, ab 1952 Personen, die am 1. September 1939 in den (zur Zeit) unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten (Gebietsstand vom 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 3) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen B 1, ab 1952 Personen, die am 1. September 1939 in Berlin, der sowjetischen Besatzungszone oder im Saargebiet gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 4) Stand 1950 - 1952: 15.5. 5) ohne Minderheitsschulen 6) über 52 Wochen in der Alfa Unterstützte 7) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgem. Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 8) einschl. Verbrauchsteuern 9) 1950/51: Normal- und Notbau, 1952/54: Normalbau 10) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 11) einschl. Umsatzgleichsteuer a) Stand: 31.8. b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge; der Gesamtbestand, also einschl. der stillliegenden, wurde in diesen beiden Jahren nicht gezählt

c) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung am 31.8.1955						Arbeitslose am 30.9.1955 insgesamt	Industrie ³⁾		Kraftfahrzeugbestand am 1.7.1955			
	insgesamt	darunter				Veränderung in % gegenüber Volkszählg.		Beschäftigte am 30.9.1955	Umsatz ⁴⁾ in Mio DM im Sept. 1955	Kraft-räder	Pkw	Lkw	
		Vertriebene ¹⁾		Zugewanderte ²⁾		1939							1950
		abs.	in %	abs.	in %								
Flensburg	94 568	21 603	22,8	6 028	6,4	+ 33,4	- 8,0	3 876	7 251	25,8	1 538	2 748	1 137
Kiel	256 879	48 911	19,0	15 077	5,9	- 6,2	+ 1,0	8 691	31 883	51,1	5 065	7 978	4 004
Lübeck	229 246	68 121	29,7	18 985	8,3	+ 48,1	- 3,8	9 305	31 126	68,0	4 009	6 157	2 893
Neumünster	72 187	18 976	26,3	4 052	5,6	+ 33,4	- 1,8	2 414	11 565	22,2	1 532	2 101	986
Eckernförde	68 968	22 031	31,9	3 711	5,4	+ 61,2	- 20,4	1 994	1 467	2,3	2 411	1 859	793
Eiderstedt	20 762	4 022	19,4	1 165	5,6	+ 37,2	- 20,7	168	376	1,5	911	640	200
Eutin	90 905	30 880	34,0	7 212	7,9	+ 76,5	- 15,2	2 290	3 729	10,0	2 672	2 445	1 060
Flensburg-Land	63 000	15 493	24,6	2 521	4,0	+ 41,0	- 20,1	1 116	926	1,9	2 636	2 097	670
Hzgt. Lauenburg	132 093	45 481	34,4	11 185	8,5	+ 81,4	- 12,1	2 790	8 370	14,2	5 312	3 351	1 319
Husum	63 987	12 275	19,2	2 361	3,7	+ 34,8	- 18,4	1 026	817	2,0	2 369	1 936	747
Norderdithmarschen	61 699	16 110	26,1	2 870	4,7	+ 39,1	- 20,4	1 198	1 039	2,0	1 921	2 073	828
Oldenburg/Holstein	82 960	25 116	30,3	5 242	6,3	+ 56,7	- 16,7	2 333	1 222	6,9	3 125	2 483	838
Pinneberg	190 832	59 136	31,0	9 075	4,8	+ 71,3	- 4,5	2 591	17 081	44,5	5 609	4 807	2 473
Plön	108 357	29 661	27,4	5 918	5,5	+ 60,7	- 12,8	2 011	1 698	4,6	3 828	2 681	1 247
Rendsburg	157 311	44 036	28,0	7 398	4,7	+ 58,4	- 15,1	3 372	8 944	15,2	5 127	4 196	1 916
Schleswig	102 297	24 593	24,0	4 813	4,7	+ 31,8	- 20,0	2 652	3 685	19,0	3 360	3 300	1 192
Segeberg	93 427	29 277	31,3	5 394	5,8	+ 73,9	- 16,1	1 571	4 305	10,0	4 672	3 029	1 392
Steinburg	126 616	37 935	30,0	5 697	4,5	+ 47,0	- 18,9	2 361	8 853	26,4	4 497	3 216	1 440
Stormarn	133 734	43 252	32,3	7 864	5,9	+ 97,0	- 8,7	2 216	4 957	35,0	4 059	3 031	1 397
Süderdithmarschen	76 589	19 280	25,2	2 992	3,9	+ 41,9	- 22,0	1 083	4 190	17,1	2 771	2 404	622
Südtondern	60 088	11 474	19,1	3 312	5,5	+ 29,9	- 16,4	588	975	1,5	2 243	1 809	724
Schleswig-Holstein	2 286 505	627 663	27,5	132 872	5,8	+ 43,9	- 11,9	57 344	154 459	381,1	69 667	64 341	27 878

Kreisfreie Städte und Landkreise	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 3. Vierteljahr 1955						Baufertigstellungen vom 1.7.1955 bis 30.9.1955		Einnahmen an Gemeindesteuern im 2. Rechnungsvierteljahr 1955			
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude		Umsauter Raum in allen ganzen Gebäuden		Wohnungen		Normalwoh-nungen	Normalwohnräume ⁵⁾	insgesamt in 1000 DM	darunter		
	insgesamt	dar. für Wohngebäude	insgesamt	in Wohngebäuden	insgesamt	in ganzen Wohngebäuden				Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme		
										absolut in 1000 DM	absolut in DM	Veränd. in % gegenüber 2.Rvj.1954
	1 000 DM		1 000 cbm				je Einwohner					
Flensburg	3 540	2 194	61	40	156	147	90	374	2 183	1 329	13,94	+ 23
Kiel	20 272	17 233	407	346	1 270	1 158	608	2 073	6 832	4 406	17,08	- 4
Lübeck	22 279	17 034	472	345	1 299	1 243	422	1 642	6 767	4 342	18,91	- 2
Neumünster	2 921	2 567	65	55	157	154	110	380	2 052	1 327	18,28	+ 2
Eckernförde	2 518	2 156	66	49	173	157	79	284	976	332	4,73	+ 16
Eiderstedt	1 625	1 130	31	21	74	67	19	91	442	98	4,65	- 7
Eutin	4 360	3 319	98	70	239	230	143	523	1 704	673	7,39	+ 4
Flensburg-Land	1 818	1 554	49	38	96	93	90	339	881	276	4,33	+ 23
Hzgt. Lauenburg	5 424	3 867	131	84	277	236	133	538	2 178	965	7,27	+ 7
Husum	3 382	2 995	78	63	166	153	114	446	1 020	310	4,77	+ 7
Norderdithmarschen	5 228	3 760	121	75	314	257	97	375	1 088	359	5,72	+ 4
Oldenburg/Holstein	4 109	3 687	97	79	289	271	94	315	1 361	419	5,00	- 24
Pinneberg	20 118	16 732	384	310	1 239	1 145	378	1 326	3 794	2 192	11,52	+ 8
Plön	5 354	4 236	131	88	319	289	156	572	1 553	502	4,59	+ 3
Rendsburg	8 815	7 242	208	150	458	426	279	1 048	2 629	1 219	7,65	+ 7
Schleswig	2 099	1 083	52	23	92	66	172	656	1 590	684	6,53	-
Segeberg	4 400	4 089	108	91	270	252	124	478	1 223	410	4,33	- 14
Steinburg	7 402	6 451	164	130	393	368	201	746	2 308	1 161	9,06	+ 9
Stormarn	6 893	5 443	142	113	384	309	328	1 214	2 195	1 040	7,76	+ 25
Süderdithmarschen	2 227	1 704	49	33	117	102	122	406	1 218	473	6,06	+ 9
Südtondern	3 610	2 675	103	70	140	126	261	1 079	1 351	582	9,82	+ 40
Schleswig-Holstein	138 394	111 151	3 017	2 273	7 922	7 249	4 020	14 905	45 345	23 099	10,03	+ 4

1) Vertriebene sind Personen, die am 1. September 1939 in den (zur Zeit) unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten (Gebietsstand vom 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose
2) Zugewanderte sind Personen, die am 1. September 1939 in Berlin, der sowjetischen Besatzungszone oder im Saargebiet gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose
3) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)
4) einschl. Verbrauchsteuern
5) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

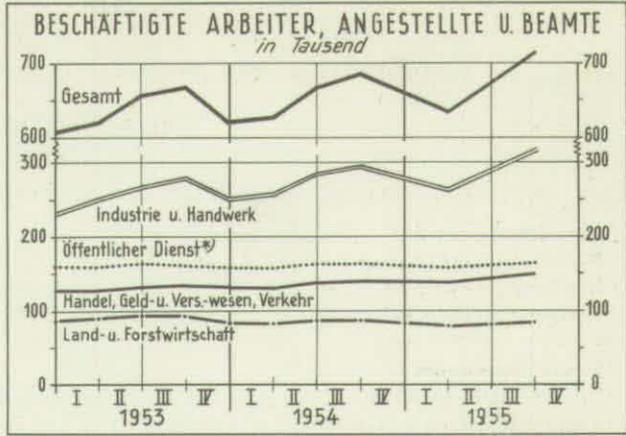
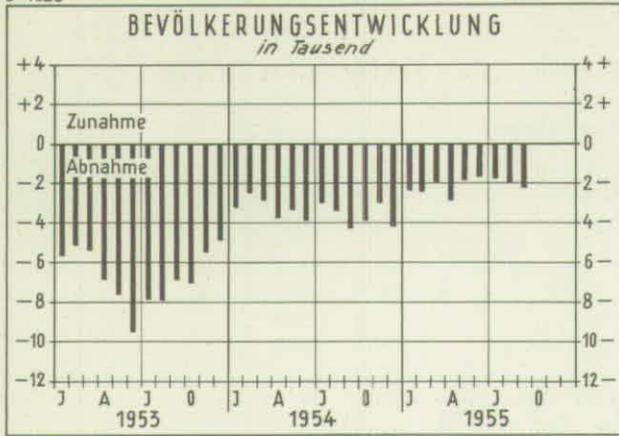
Bezeichnung	Zeit — Stand	Bund	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württg.	Bayern
1955											
Bevölkerung											
Fortgeschriebene Bevölkerung	30. Juni	49 995	2 290	1 764	6 552	629	14 693	4 544	3 284	7 077	9 161
in 1000											
darunter											
Vertriebene ¹⁾	"	8 656	631	181	1 680	78	2 019	803	257	1 176	1 833
in 1000											
in % der jew. Bevölkerung	"	17,3	27,5	10,3	25,6	12,4	13,7	17,7	7,8	16,6	20,0
davon											
Kreisfreie Städte	"	19 215	653	1 764	1 762	629	7 445	1 477	782	1 626	3 078
in 1000											
in % der Bevölkerung, insges.	"	38,4	28,5	100,0	26,9	100,0	50,7	32,5	23,8	23,0	33,6
darunter											
Vertriebene ¹⁾	"	2 753	158	181	392	78	930	216	61	219	519
in 1000											
in % der Bevölkerung	"	14,3	24,1	10,3	22,3	12,4	12,5	14,6	7,9	13,4	16,9
Ländkreise	"	30 779	1 637	x	4 790	x	7 249	3 067	2 502	5 452	6 083
in 1000											
in % der Bevölkerung, insges.	"	61,6	71,5	x	73,1	x	49,3	67,5	76,2	77,0	66,4
darunter											
Vertriebene ¹⁾	"	5 903	473	x	1 287	x	1 090	587	195	958	1 313
in 1000											
in % der Bevölkerung	"	19,2	28,9	x	26,9	x	15,0	19,1	7,8	17,6	21,6
in % des Bundes	"	100	4,6	3,5	13,1	1,3	29,4	9,1	6,6	14,2	18,3
Veränderung in %											
Juni 1955 gegenüber VZ 1939	"	+27,1	+44,1	+3,0	+44,3	+11,7	+23,1	+30,6	+10,9	+29,2	+29,3
Juni 1955 gegenüber VZ 1950	"	+ 4,8	-11,7	+9,9	-3,6	+12,6	+11,3	+ 5,1	+ 9,3	+10,1	-0,3
Arbeitsmarkt											
Beschäftigte Arbeitnehmer	30. Sept.	17 804	716	707	2 208	241	5 732	1 557	995	2 618	3 029
in 1000 ²⁾											
darunter											
Männer	"	12 026	489	453	1 515	161	4 002	1 076	710	1 660	1 959
in 1000											
in % aller Beschäftigten	"	67,5	68,4	64,1	68,6	66,9	69,8	69,1	71,3	63,4	64,7
in % des Bundes	"	100	4,0	4,0	12,4	1,4	32,2	8,7	5,6	14,7	17,0
Arbeitslose	31. Okt.	510	62	48	102	13	89	38	16	25	118
in 1000 ²⁾											
je 100 Arbeitnehmer ^{2) 3)}	"	2,8	8,0	6,3	4,4	5,0	1,5	2,4	1,5	0,9	3,8
in % des Bundes	"	100	12,1	9,4	19,9	2,5	17,5	7,5	3,0	4,9	23,1
Industrie											
Beschäftigte ⁴⁾	31. Aug.	6 729	154	200	604	94	2 633	543	316	1 187	999
in 1000											
je 1000 Einwohner	"	135	67	114	92	150	179	120	96	168	109
Umsatz ⁴⁾ insgesamt	August	14 211	372	692	1 462	294	5 700	1 000	680	2 199	1 813
in Mio DM											
darunter											
Auslandumsatz ⁵⁾	"	1 733	48	65	180	45	687	156	83	265	203
in Mio DM											
Produktionsindex ⁶⁾	"	198	176	.	.	.	166	.	183	200	194
(arbeitsmäßig; 1936 = 100)											
Bauwirtschaft und Bautätigkeit											
Beschäftigte im Bauhauptgewerbe ⁷⁾	31. Aug.	1 043	45	38	129	18	349	85	63	136	179
in 1000											
Geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe ⁷⁾	August	201 760	8 911	6 977	25 342	3 673	67 532	16 140	12 180	26 142	34 863
in 1000											
darunter											
für Wohnungsbauten	"	40,1	37,4	41,2	40,0	42,4	39,8	38,0	34,5	39,9	43,9
in % aller geleisteten Arbeits-											
stunden	"	33,9	46,5	33,5	36,3	34,8	29,2	36,5	42,5	36,7	31,6
für öffentliche u. Verkehrsbauten											
in % aller geleisteten Arbeits-											
stunden											
Wohnungen in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben	"	58 173	2 178	2 712	7 479	1 144	18 559	5 132	3 332	8 796	8 841
absolut											
je 10 000 Einwohner	"	11,6	9,5	15,4	11,4	18,2	12,6	11,3	10,1	12,4	9,7
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohng.)	"	41 264	1 216	2 209	5 720	737	12 555	5 411	2 083	6 534	4 799
absolut											
je 10 000 Einwohner	"	8,3	5,3	12,5	8,7	11,7	8,5	11,9	6,3	9,2	5,2
Aussenhandel											
Ausfuhr	August	2 003 ^{a)}	35	102	183	29	773	168	97	316	225
in Mio DM											
in % des Bundes	"	100	1,8	5,1	9,2	1,5	38,6	8,4	4,9	15,8	11,2
Geld und Kredit											
Bestand an Spareinlagen	31. Aug.	18 395 ^{b)}	577	939	2 138	290	5 919	1 566	1 048	2 799	3 118
in Mio DM											
in DM je Einwohner	"	368	252	532	326	462	403	345	319	395	340

1) Vertriebene sind Personen, die am 1. 9. 1939 in den (z. Z.) unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten (Gebietsstand vom 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschließlich ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 2) vorläufige Zahlen 3) Beschäftigte und Arbeitslose 4) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 5) einschl. Empfänger im Saargebiet 6) Gesamtindex (ohne Bau) 7) Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

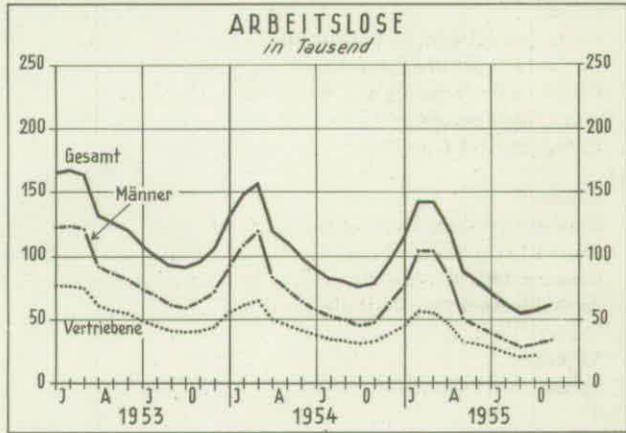
a) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte b) einschl. der Einlagen bei Kreditinstituten mit Sonderaufgaben, jedoch ohne Postscheckkonten und Postsparkassen

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN

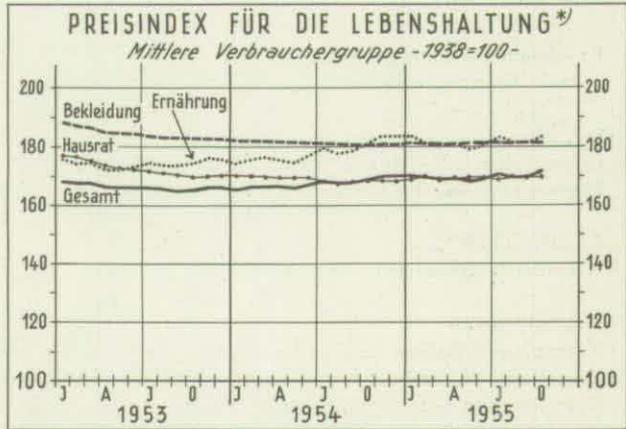
D-1828



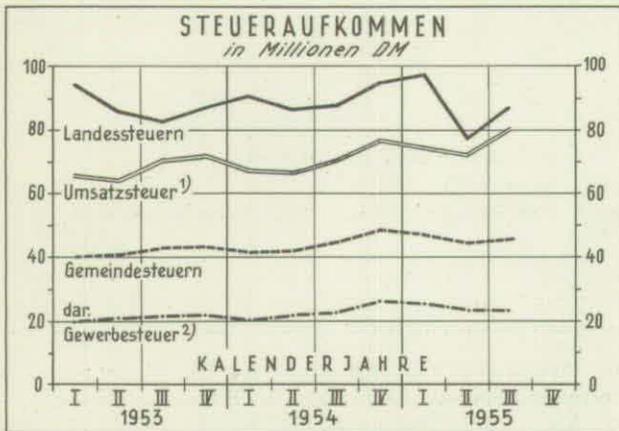
^{*)} einschl. Dienstleistungen im öffentl. Interesse



^{*)} ohne Bauwirtschaft



^{*)} 4-Personen Arbeitnehmer-Haushaltung



¹⁾ einschl. Umsatzausgleichsteuer

²⁾ nach Ertrag und Kapital und nach Lohnsumme

¹⁾ von Geschäftsbanken an Wirtschaftsunternehmen und Private

²⁾ einschl. durchlaufender Kredite

68

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Im Oktober 1955 sind erschienen:

Sonderdienst:

Bevölkerung

- Natürliche Bevölkerungsbewegung – Juli 1955 –
- Wanderungsbewegung – Juli 1955 –
- Fortgeschriebene Wohnbevölkerung – Stand 31. Juli 1955 –

Gesundheitswesen

- Neuerkrankungen an den wichtigsten meldepflichtigen Krankheiten – September 1955 –
- Krankenanstalten und Heil- und Pflegepersonen in Schleswig-Holstein – Stand 31.12.1954 –

Preise

- Einzelhandelspreise (Landesdurchschnitt) – Stand 15. September 1955 –
- Preisindex für die Lebenshaltung – September 1955 –
- Preisindexziffern für den Wohnungsbau in Kiel und Lübeck (1936 = 100) (vorläufige Zahlen) und Preise für Baustoffe und Bauarbeiten in 10 Gemeinden des Landes – Mitte August 1955 –
- Erzeuger- und Grosshandelspreise für Agrarerzeugnisse – Stand 21. August 1955 –

Handel

- Einzelhandelsumsätze – August 1955 –
- Schnellbericht zur Einzelhandelsumsatzstatistik – September 1955 –
- Warenverkehr mit den Westsektoren Berlins und Interzonenhandel – August 1955 –
- Aussenhandel (Vorläufiges Ergebnis) – Juli 1955 –

Verkehr

- Strassenverkehrsunfälle (Vorläufiges Ergebnis) – September 1955 –

Fürsorge

- Öffentliche Fürsorge – Rechnungsjahr 1954 –

Krankenversicherung

- Soziale Krankenversicherung – 2. Vierteljahr 1955 –

Industrie

- Industriebericht – August 1955 –
- Kreisergebnisse der Industrieberichterstattung – August 1955 –

Bauwirtschaft

- Bauwirtschaftsbericht – August 1955 –

Landwirtschaft

- Nutzung des Bodens 1955 – Endgültiges Ergebnis der Bodenbenutzungserhebung –
- Kartoffel-, Hülsenfrucht- und Rauhfutterernte – Vorschätzung Ende August 1955 –
- Getreide- und Getreidestroherernte 1955
- Ernte des Gemüses – Ende September 1955 –
- Obsternte – September 1955 –
- Schweinebestand am 2. September 1955
- Schlachtungen und Fleischanfall – August 1955 –
- Milcherzeugung und -verwendung – August 1955 –

Finanzen

- Persönliche Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände – 1. Rechnungsvierteljahr 1955 –
- Stand und Bewegung der kommunalen Inlandschulden – 1. Rechnungsvierteljahr 1955 –
- Personal der Landesverwaltung – aufgegliedert nach Ortsklassen unter Berücksichtigung der Änderungsverordnung vom 13.12.1954 – Stand 2.10.1954 –

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein – Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. – Bestellungen nimmt entgegen: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein
Kiel, Mecklenburger Str. 54, Fernruf: Kiel 31 671, Hausapp. 371

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.